

Berichte

2012

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Difu

2

Deutsches Institut für Urbanistik

	Standpunkt	14	Natur und Landschaft bei der Konversion militärischer Liegenschaften
2	Wenn Bürger stiften gehen ...		
	Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen		Veranstaltungen und Fortbildung
4	Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement aufgezeigt	15	Energiewende und kommunales Energiemanagement
6	KfW-Kommunalpanel 2011: Weiteres Auseinanderdriften von armen und reichen Kommunen	16	Strategien gegen Fachkräftemangel in Kommunalverwaltungen
7	Sicherheit in der Stadt – eine Gemeinschaftsaufgabe	17	Kommunale Beteiligungskultur: Konsequenzen für die Verwaltung
8	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge	18	Rechtsanspruch auf Krippenplätze
9	Handbuch Stadtplanung und Gesundheit	19	Verstörung als Chance
10	Industriestädte – neue Perspektiven	20	Internationale Konferenz Städtischer Wirtschaftsverkehr
11	Akteurskonstellationen planen bei Kampagnen für Nahmobilität	21	Interkommunaler Erfahrungsaustausch in Saarbrücken
12	Erfolgreich CO ₂ sparen in Kommunen		Weitere Rubriken
12	Jahresbericht 2011: Einblick in Difu-Forschung und -Fortbildung	22	Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet
13	CircUse entwickelt neue Flächenmanagement-Datenbank	23	Difu aktiv: Auswahl
	Neue Projekte	24	Was ist eigentlich ein Bürgerhaushalt?
14	Bürgerbeteiligung an Großprojekten der Stadtentwicklung	24	Difu-intern: Neubeginn
		25	Mediennachlese
		26	Impressum
		27	Bestellschein

Wenn Bürger stiften gehen...



Elke Becker

Foto: David Ausserhofer

Wenn Bürger „stiften“ gehen, hat das nicht unbedingt mit Abwanderung, Schrumpfung oder Stadtumbau zu tun. Quer durch die Bundesrepublik Deutschland stiften Bürger tatsächlich für ihre Stadt oder Region Geld, Zeit und Ideen. Sie tun dies nicht selten unter dem Dach einer Bürgerstiftung. Nachdem vor etwa 15 Jahren in Gütersloh und anschließend in Hannover die ersten Bürgerstiftungen als Gemeinschafts-Stiftungen nach dem Vorbild der anglo-amerikanischen community foundations entstanden sind, folgten diesem Vorbild bundesweit rund 300 Bewegungen. Sie verfügen heute gemeinsam über ein Vermögen von etwa 180 Millionen Euro.

Das Modell gestaltet sich so, dass sich mehrere Menschen in einem Quartier, einer Stadt oder Region zusammentun und – frei nach John F. Kennedy – nicht fragen, was die Stadt für sie tun kann, sondern was sie für ihre Stadt tun können. Wesentliches Ziel ist die Verbesserung der Lebensqualität vor Ort.

Für jede Kommune sollten solche Initiativen äußerst willkommen sein. Aber nicht immer gestaltet sich das Miteinander konflikt- oder problemfrei. So ist es den Bürgerstiftungs-Akteuren u.a. wichtig, von Konfessionen, Parteien oder der Wirtschaft unabhängig zu sein. Sie wollen sich, was ihr gutes Recht ist, nicht vereinnahmen lassen, auch – oder insbesondere – nicht von der öffentlichen Hand. Dies erschwert es mancherorts, ein ausgeglichenes Verhältnis und konstruktives Miteinander zu entwickeln. Der Grat zwischen einem willkommenen Abwälzen von Aufgaben („das kann doch die Bürgerstiftung übernehmen“), dem unkoordinierten Angehen vermeintlicher Probleme (nicht immer erscheinen Vertretern der öffentlichen Hand die Projekte von Bürgerstiftungen sinnvoll, notwendig oder zumindest vorrangig), Respekt und Anerkennung der Qualitäten und Leistungen des jeweils anderen sowie einer vertrauensvollen und verlässlichen Kooperation ist schmal.

Qualität der Idee: Vielfalt und Flexibilität

Die Idee der Bürgerstiftung überzeugt: Jeder Bürger kann nach individuellem Ermessen und Möglichkeiten Geld, Zeit oder Ideen zur Verfügung stellen. Der Rentner stellt beispielsweise sein Wissen und seine Zeit in

Projekten zur Verfügung, der Manager richtet unter dem Dach der Bürgerstiftung einen Fonds mit seinem Namen ein, der Notar übernimmt die rechtliche Betreuung, die Witwe gibt jeden Monat einen Euro, der Lehrer übernimmt ein Amt in einem der sehr basis-demokratisch ausgerichteten Gremien und der Schüler engagiert sich einmal im Jahr beim „Tag des Bürgerschaftlichen Engagements“. Es wäre für jeden Anspruch etwas dabei. Tatsächlich ist es bislang eher selten gelungen, eine ausgeglichene soziale Durchmischung der handelnden Akteure zu erreichen. Dies ist nicht verwerflich und spiegelt letztlich die Engagement-Struktur in Deutschland wider. Es bleibt in erster Linie die Mittel- und Oberschicht, die sich engagiert. Für die Bürgerstiftung spricht jedoch, dass sie auf den Wandel im bürgerschaftlichen Engagement eine Antwort gibt: Sie bietet gleichzeitig ein Angebot für traditionellere Formen, wie Stiften, Spenden und Ehrenamt und reagiert auf die neuere Nachfrage nach ungebundenem projektbezogenem Engagement. Ebenso sind bei Bürgerstiftungen auch kleine Geldbeträge willkommen.

Vielfältig sind auch die Aktivitäten einer Bürgerstiftung. In der Regel wird der Stiftungszweck möglichst breit gewählt, um langfristig gut aufgestellt zu sein und auf (gesellschaftliche) Veränderungen reagieren zu können. Faktisch steigen viele Bürgerstiftungen mit sozialen und öffentlichkeitswirksamen Themen rund um Kinder und Jugendliche oder kulturellen Aufgaben ein. Hier können sie sicherlich spontaner, intuitiver und flexibler als die öffentliche Hand agieren.

Qualität von außen: Netzwerke und Gütesiegel

Den Initiativen hilft es, dass sie nicht allein sind. Der „Bundesverband Deutscher Stiftungen“ hat den „Arbeitskreis Bürgerstiftungen“ eingerichtet. Hier findet Erfahrungsaustausch statt. Der Bundesverband berät und unterstützt Gründungsinitiativen und laufende Stiftungsarbeit ebenso wie die „Aktive Bürgerschaft“, u.a. getragen von dem „Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken“, der sich um die Verbreitung der Bürgerstiftungsidee bemüht.

Seitens des „Bundesverbandes Deutscher Stiftungen“ wurden im Jahr 2000 zehn Merk-

male einer deutschen Bürgerstiftung verabschiedet. Dazu zählen eine definierte geographische Ausrichtung ebenso wie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements oder die Maßgabe, dass die Stiftung von mehreren Personen errichtet wird und als neutrale Instanz kontinuierlich Stiftungskapital aufbaut. Der Bundesverband vergibt für jeweils zwei Jahre ein Gütesiegel, wenn eine Bürgerstiftung die zehn Merkmale erfüllt. Dies zeigt, dass mit der Arbeit auch eine gewisse Anerkennung und Qualität einhergeht.

Grenzen

Das gemeinsame Vermögen von 180 Millionen Euro klingt zunächst einmal vielversprechend. Hinzu kommen Spenden und ehrenamtlich geleistete Arbeitszeit. Die Zahl ist aber zu relativieren. So arbeiten Stiftungen (abgesehen von Spenden) mit den Erträgen aus ihrem Kapitalstock, tasten also das tatsächliche Vermögen nicht an. Man geht davon aus, dass eine Bürgerstiftung dann langfristig überleben kann, wenn sie ein Stiftungsvermögen von ca. fünf Millionen Euro eingeworben hat. Damit lässt sich gut eine Geschäftsstelle mit Personal finanzieren, und es bleiben ausreichend Gelder, um in einem wahrnehmbaren Umfang Projekte umzusetzen. Davon sind die meisten Bürgerstiftungen in Deutschland noch sehr weit entfernt. Einige Bürgerstiftungen starten als unselbständige Stiftung, dies geschieht u.a., wenn ihr Startkapital unter 25 000 Euro liegt. Solche Initiativen setzen verstärkt auf eigene Projekte und ehrenamtliche Arbeit, um ihrem Stiftungszweck nachzugehen – und der Weg zu der Fünf-Millionen-Grenze ist noch länger und steiniger, aber nicht unbegehrbar.

Letztlich handeln die Akteure von Bürgerstiftungen in einem öffentlichen Raum. Für bestimmte Projekte benötigen sie Partner, z.B. auch die öffentliche Hand, sei es für eine Genehmigung, die Nutzung bestimmter Räumlichkeiten oder den Wissensaustausch. Nicht jeder Politiker oder Verwaltungsmitarbeiter ist gleichermaßen angetan von dem Elan und dem Enthusiasmus engagierter Menschen. So sieht sich der Politiker zunächst einmal demokratisch legitimiert – aber wer legitimiert die Bürgerstiftung und ihre Projekte? Der Mitarbeiter im Sozialamt z.B. kann auf eine Ausbildung in seinem Arbeitsfeld und jahrelange Berufserfahrung zurückblicken – aber mit welcher Erfahrung, will z.B. ein Jurist wissen, was ein Kind aus einer sozial schwachen Familie dringlich benötigt? Wie also umgehen mit jenen Bürgern, die sicherlich alles gut meinen, aber nicht automatisch gut machen?

Die Herausforderungen

Zweifellos: In den deutschen Bürgerstiftungen wird viel bewegt, angestoßen und umgesetzt. Tatsache ist, dass manch eine Kommune diesen engagierten Bürgern zunächst einmal etwas ratlos gegenübersteht. Die Generierung von Themen und Projekten unterliegen einer eigenen Logik und sind nicht selten von Zufällen geprägt. Dies bedeutet, dass Akteure in einer Bürgerstiftung selten strategisch ihre Projektentwicklung angehen. Sie verstehen sich zwar als Multiplikatoren und versuchen durch Wettbewerbe, Dialoge, Arbeitskreise etc. ein breites Stimmungsbild zu erfassen, sie werden aber nicht zwangsläufig dort aktiv, wo besonders großer Handlungsbedarf entsteht. Dies ist aber auch nicht ihre Aufgabe und entspricht gänzlich der Handlungslogik der Zivilgesellschaft, die Aufgaben nicht dort übernimmt, wo etwas wegbriecht oder fehlt, sondern vor allem dort, wo subjektiv ein Problem oder Thema wahrgenommen wird. Anders als die öffentliche Hand müssen sie sich dabei kaum rechtfertigen, wenn womöglich ein Projekt nicht gut läuft oder wegbriecht, denn sie haben es ja freiwillig, zusätzlich und ohne Auftrag angeboten. Dies kann natürlich zu Konkurrenzen und Konflikten führen, zumal bei Problemen dann nicht selten nach der öffentlichen Hand gerufen wird. Die Zivilgesellschaft kann auf Dinge reagieren – die öffentliche Hand muss es. Hier fehlt es zuweilen an Sensibilität und Verständnis für die Lage des jeweils anderen.

Nachhaltig und erfolgreich wird eine Bürgerstiftung dann, wenn sie mit allen lokalen Akteuren, und damit auch mit der Verwaltung und Politik, zusammenarbeitet und Vertreter dieser Professionen gerne in ihren Gremien und Projekten sieht (solange sie keine dominierende Rolle einnehmen). Dies beugt Missverständnissen, Enttäuschungen und möglicherweise kontraproduktiven Aktionen vor und stärkt das Verständnis füreinander. Eine Bürgerstiftung kann die Lebensqualität vor Ort zweifellos bereichern, Engagement generieren und neue Akzente setzen, aber sie kann dies meist nicht allein und sie kann vor allem aus Haushaltsengpässen wegfallende Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht (dauerhaft) ersetzen. Das gegenseitige Ziel sollte ein Austausch und Agieren auf Augenhöhe miteinander sein. Erfreulicherweise gibt es hierfür eine Reihe vielversprechender Ansätze und Beispiele – die Regel ist es noch nicht.

Tipps zum Weiterlesen:

- Becker, Elke/Wolf, André-Christian (1999): Stiften findet Stadt. Eine Arbeitshilfe zum Aufbau einer Bürgerstiftung, Bonn.
- Becker, Elke (2005): Bürgerstiftungen in der Kommune, in: Nährlich, Stefan/Graf Strachwitz, Rupert/Hinterhuber, Eva-Maria/Müller, Karin (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland, Wiesbaden, S. 195-212.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen (BBR) (Hrsg.) (2010): Miteinander Stadt Entwickeln, Bonn.
- Aktive Bürgerschaft (2011): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2011, Berlin.
- Initiative Bürgerstiftungen (2011): Märzumfrage der Initiative Bürgerstiftung. (Homepage der Initiative Bürgerstiftung).

Im Jahr 2011 wurde im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erstmals ein Bürgerstiftungspreis vom BMVBS ausgelobt. 15 Bürgerstiftungen wurden bundesweit ausgezeichnet.

Dr.-Ing. Elke Becker
Telefon: 030/39001-149
E-Mail: ebecker@difu.de



Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement aufgezeigt

Erfahrungen und Ergebnisse des REFINA-Forschungsprojekts in Abschlussbericht veröffentlicht

Die projekt- und fachübergreifende Programmbegleitung des BMBF-Förderschwerpunkts „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“ ist abgeschlossen. Von Ende 2006 bis März 2012 hatte das Deutsche Institut für Urbanistik in Zusammenarbeit mit dem Aachener Büro für Kommunal- und Regionalplanung (BKR Aachen) das Programm begleitet. Erfahrungen und Ergebnisse aus der Programmbegleitung wurden in einem Abschlussbericht dokumentiert.

Kataster, Kosten, Kooperation und Kommunikation

Kataster, Kosten, Kooperation und Kommunikation sind die Themen, zu denen vorrangig praxisorientierte Lösungen erarbeitet wurden. Eine flächendeckende Potenzialerfassung von Bauflächen im Innenbereich, die Kostentransparenz bei Flächenausweisungen, die Ermittlung der Folgekosten, die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit – jeweils begleitet durch zielgruppenspezifische Kommunikation – haben sich im Rahmen von REFINA als ökologisch und ökonomisch sinnvolle sowie konsensfähige Grundlagen für jede Flächenentscheidung einer Kommune herausgestellt.

Informationsdefizite sind eine wesentliche Ursache für das gering ausgebildete Problembewusstsein zum Flächenverbrauch. Der Ausbau des Flächenmonitorings, die Verbesserung der Informationsgrundlagen sowie die Einführung und Anwendung quantitativer und qualitativer Indikatoren zur Bewertung der Flächeninanspruchnahme sind wichtige Bausteine auf dem Weg zum Erreichen flächenpolitischer Ziele. Die entwickelten Instrumente und Tools zur Erfassung, Bewertung und Mobilisierung von Baulandreserven unterstützen die Erfassung und Auswertung vorhandener Flächenpotenziale im Innenbereich.

Wertverluste der eigenen Immobilien und die daraus resultierende fehlende Alterssicherung einerseits sowie steigende Infrastrukturkosten und bisher nur selten wahrgenommene langfristige Folgekosten der Siedlungsentwicklung andererseits sind nur einige der ökonomischen Effekte einer ungesteuerten Siedlungsentwicklung. REFINA zeigt Wege, die Folgekosten von Baulandausweisungen in die kommunale Abwägung „innen vor außen“ einzubeziehen. Erarbeitet wurden passende innovative Werkzeuge, die durch eine stärkere Berücksichtigung ökonomischer Langzeitwirkungen Chancen für einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Kostenbewusstsein und Generationengerechtigkeit beim Umgang mit der Ressource Fläche eröffnen.

Information und Bewusstseinsbildung sind von besonderer Bedeutung für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs. Im Fokus stehen dabei in erster Linie die Vermittlung der Vorteile und Chancen einer Flächenentwicklung im Innenbereich und weniger der Verzicht und das Verbot eines Flächenwachstums nach außen. In REFINA wurden neue Wege und Formen einer Kommunikation des nachhaltigen Umgangs mit Fläche erprobt. Anstelle von Verzichtsappellen wurde der nachhaltige Umgang mit der Ressource Fläche als Zukunftschance und Strategie für mehr Effizienz vermittelt und mit der Sicherung und Steigerung der Lebensqualität einerseits und dem Werterhalt des Immobilieneigentums andererseits verknüpft.

Integration, Synthese und Dokumentation der Forschungsergebnisse

Die Forschungsbegleitung war während des gesamten Zeitraums für die projektübergreifende Vernetzung sowie die Integration, Synthese und Dokumentation der Forschungsergebnisse zuständig. Sie hatte die Aufgabe, die für einen „Lernenden Förderschwerpunkt“ notwendigen Kommunikations- und Informationsstrukturen zu schaffen und zu sichern. Das bedeutete, Anreize für die Einzelprojekte zu setzen und sich über das engere Erkenntnisinteresse hinaus am übergreifenden Entwicklungsprozess zu beteiligen. Für den Gesamterfolg von REFINA war es bedeutsam, dass sich zwischen den Einzel- und

Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock

Telefon: 030/39001-189

E-Mail: bock@difu.de

Projekt REFINA:

www.refina-info.de

Download des

Abschlussberichts:

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=50EYAI67>



Foto: Stephanie Bock

Verbundvorhaben Arbeitsbeziehungen zu inhaltlichen und methodischen Fragen entwickelten. Insofern galt es, neben der interdisziplinären und standortbezogenen bzw. standortübergreifenden Forschung einzelner Projekte – unter Einbeziehung verschiedener für die Flächeninanspruchnahme relevanter Akteursgruppen – zugleich einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zwischen den Forschungsprojekten herzustellen. Dabei wurden neben den offenen Forschungsfragen auch Aspekte des jeweiligen inter- und transdisziplinären Problembezugs sowie der Problembearbeitung angesprochen. Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Identifizierung und Bearbeitung von Querschnittsthemen, wie Flächeninformation und -bewertung, Folgekosten der Siedlungsentwicklung, Kommunikationsansätze, Management und Kooperation sowie kommunale Akteure.

Neue Ansätze zu Kommunikation und Wissenstransfer

Die projektübergreifende Begleitung entwickelte zudem Konzepte für die Darstellung des Förderschwerpunkts REFINA in der Öffentlichkeit (unter anderem Internet, Vorträge, Veröffentlichungen, Ausstellung, Flyer). Dies umfasste auch die Systematisierung und inhaltliche Strukturierung der vielfältigen und thematisch weit gefächerten Forschungs- und Praxisansätze und deren Aufbereitung für die unterschiedlichen Zielgruppen. Einen Meilenstein bildet das REFINA-Handbuch, das alle Ergebnisse für die Praxis aufbereitet, vorstellt und systematisiert. Aber auch das stetig wachsende Informationsangebot auf den Internetseiten www.refina-info.de sowie Vorträge, die Teilnahme an Messen und Publikationstätigkeiten unterstützten die Öffentlichkeitsarbeit zum Förderschwerpunkt REFINA.

Wissenschaftliche Perspektiven

Schließlich trug die projektübergreifende Begleitung in der zweiten Phase des Projekts mit einer Analyse ausgewählter Fragestellungen zur Gesamtperspektive auf den Förderschwerpunkt bei. In einem ersten Baustein wurden die Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus REFINA in Hinblick auf die Kooperation von Wissenschaft und Praxis ermittelt und Rückschlüsse auf die Verbesserung der Transferprozesse formuliert. In einem zweiten Baustein wurden aktuelle Ansätze des „urbanen Landmanagements“ – interpretiert als Dreiklang aus urbanem Gärtnern, urbaner Landwirtschaft und urbanem Agrobusiness – in Forschung und Praxis zusammengestellt, um mögliche Forschungsfragen für das Themenfeld abzuleiten und zu systematisieren. Beide Untersuchungen werden im Laufe der ersten Jahreshälfte 2012 veröffentlicht.

Stakeholder diskutieren über einen effizienten Umgang mit Flächen und Immobilien

Während im REFINA-Förderprogramm primär die Kommunen als Adressaten der Umsetzung von Maßnahmen eines nachhaltigen Flächenmanagements angesprochen wurden, sollten mit dem abschließenden Stakeholder-Forum – zu dem das BMBF sowie das Difu im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2012 „Zukunftsprojekt ERDE“ am 15. März 2012 in den ehemaligen Flughafen Berlin-Tempelhof einluden – zum einen stärker die Interessen und Erwartungen von Akteuren aus dem privaten Sektor in den Blick genommen werden. Zum anderen wurden neue Anforderungen an die Flächennutzung erörtert, die sich aus aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Energiewende, der zunehmenden Erzeugung erneuerbarer Energien oder aus der teilweise zu verzeichnenden Rückwanderung der Bevölkerung in die Städte ergeben. Beim Stakeholder-Forum erörterten knapp 30 Experten aus Immobilien- und Wohnungswirtschaft, aus Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsbau, der Naturschutzverbände, der Deutschen Bahn AG, der Kirchen sowie Experten aus den Bereichen Stadtentwicklung, erneuerbare Energien und Kommunikation aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Zukunftschancen des nachhaltigen Flächenmanagements bei der Entwicklung von Flächen und Standorten.

Der nachhaltige Umgang mit Fläche bleibt eine Herausforderung

Deutlich wurde, dass die künftige Flächennutzung vor vielfältigen Herausforderungen steht: seien es demographischer Wandel, wirtschaftsstruktureller Wandel, Klimaschutz und -anpassung, die aus den zunehmenden Kosten für Mobilität und Energieversorgung resultierende Nachfrage nach zentralen Standorten oder auch wachsende Konkurrenzen mit den gestiegenen Flächenansprüchen aus Landwirtschaft und den erneuerbaren Energien. Solange „Flächenfraß“ das Ergebnis einer rationalen Entscheidung basierend auf Fördermaßnahmen, Nachfragevermutungen, interkommunaler Konkurrenz etc. ist, bleiben die Chancen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme schwer nutzbar. Ziel sollte sein, die limitierte Ressource Boden noch mehr in das Bewusstsein zu bringen und die künftige Flächennutzung an die veränderten Anforderungen in Richtung einer kompakten, qualitativvollen Stadtentwicklung auszurichten.



Foto: Stephanie Bock

Kommunalpanel 2011

Weiteres Auseinanderdriften von armen und reichen Kommunen

Ziel des Kommunalpanels ist es, einen aktuellen Überblick zur Situation der Kommunen hinsichtlich der Einschätzung der Finanzierungssituation, zu Investitionstätigkeiten und zu Investitionsrückständen zu erhalten.

Das KfW Kommunalpanel 2011 wurde im dritten Jahr in Folge durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der KfW Bankengruppe durchgeführt. Erstmals wurden 2011 die Landkreise in die Befragung mit einbezogen. Die Befragung der Kommunen wurde vom Deutschen Städtetag (DST), dem Städte- und Gemeindebund (DStGB) und dem Deutschen Landkreistag (LKT) unterstützt.

Im Ergebnis der Befragung ist ein weiteres Auseinanderdriften der Finanzlage unter den Kommunen zu beobachten. Belegen lässt sich dies u.a. durch die Einschätzung der Kommunen hinsichtlich ihrer aktuellen und zukünftigen Gesamtfinanzierungssituation sowie den Schwierigkeiten, insbesondere finanzschwacher Kommunen, Eigenanteile für die Inanspruchnahme von Fördermitteln aufzubringen. Auch die derzeitige Lage der Kassenkredite gibt einen Hinweis auf eine weiter auseinanderlaufende Entwicklung von finanzstarken und finanzschwachen Kommunen. Kassenkredite werden insbesondere von größeren Städten (die 2011 zu fast zwei Dritteln den Haushaltsausgleich nicht schaffen konnten) mit klarem Schwerpunkt in bestimmten westdeutschen Bundesländern verstärkt genutzt, während andere Kommunen nicht darauf zurückgreifen.

Der Investitionsrückstand beläuft sich in 2011 – hochgerechnet auf alle Kommunen – auf knapp 100 Milliarden Euro. Auf die Städte und Gemeinden entfallen dabei rund 87,4 Milliarden Euro, auf die Landkreise rund 12,5 Milliarden Euro. Besonders hoch werden die Investitionsrückstände in den Bereichen Kinderbetreuung und Schulen (rund 27 Milliarden Euro) sowie Straßen- und Verkehrsinfrastruktur (rund 25 Milliarden Euro) geschätzt. In beiden Bereichen liegen mit zusammen knapp 40 Prozent der Gesamtinvestitionen auch die wichtigsten Investitionsschwerpunkte, doch reichen die Investitionen bei weitem nicht aus, um den Investitionsrückstand in absehbarer Zeit beheben zu können. Vor allem im Bereich Straßen und Verkehr geht ein Großteil der Kommu-

nen davon aus, dass der Investitionsrückstand in den nächsten Jahren sogar noch anwachsen oder zumindest ähnlich groß bleiben wird. Im Bereich Kinderbetreuung und Schulen ist die Einschätzung positiver, was auch mit Umsetzungszwängen aufgrund des Kinderförderungsgesetzes zu tun haben dürfte. Insgesamt – über alle Investitionsbereiche hinweg – ist mittelfristig (mit Ausnahme konjunkturbedingter Steuereinnahmen) nicht mit einem deutlichen Abbau des existierenden Investitionsrückstands zu rechnen.

Zwar bilden Straßen/Verkehr sowie Kinderbetreuung/Schulen die wesentlichen Investitionsschwerpunkte, doch wurde 2011 im Vergleich zu den Vorjahren etwas weniger investiert. Der Grund hierfür dürfte das Auslaufen der Konjunkturpakete sein, die sich im Investitionsprogramm vor allem auf die Bereiche Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie Kinderbetreuung und Schulen konzentrierten.

Umso bemerkenswerter ist es, in welchem großen Umfang auf kommunaler Ebene Investitionen mit Bezug zur Energiewende vorgesehen sind. Die Kommunen planen vor allem Investitionen in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien – jener ist mit fünf Milliarden Euro der Investitionsbereich mit dem größten Volumen – und in die energetische Gebäudesanierung (60 Prozent aller Städte und Gemeinden, 78 Prozent aller Landkreise) mit einem Volumen von knapp drei Milliarden Euro. Weitere wichtige Investitionsfelder sind eine energieeffiziente Stadtbeleuchtung sowie Energienetze und -speicher. Die Befragungsergebnisse verdeutlichen jedoch, dass standortschwache und wenig dynamische Kommunen vergleichsweise wenig zur Energiewende beitragen. Gerade diese Kommunen müssten zur Verbesserung ihrer Lage aber verstärkt Zukunftsinvestitionen tätigen.

Das Kommunalpanel 2012 ist bereits in Planung.

Weitere Informationen:

Dr. Marion Eberlein
Telefon: 030/39001-206
E-Mail: eberlein@difu.de

Medieninfo und Kommunalpanel 2011:

<http://www.difu.de/presse/2012-04-11/entspannung-der-kommunalen-finanzlage-reicht-nicht-fuer.html>



Sicherheit in der Stadt – eine Gemeinschaftsaufgabe

Alkoholisierter Jugendliche, Party im öffentlichen Raum, Gewalt in der U-Bahn, Graffiti an den Wänden oder Hundekot auf der Straße: Sicherheit und Ordnung in den Städten haben viele Facetten. Auch wenn sich reale Sicherheitslage und öffentliche Wahrnehmung dabei zum Teil erheblich unterscheiden, auch wenn die vermeintliche Ungeordnetheit und Unübersichtlichkeit großer Städte schon immer im Kontext von Sicherheit und Unsicherheit diskutiert wurde: Mit den aktuellen Entwicklungen sind sichere Städte noch stärker zu einem Thema öffentlicher Diskussion geworden. Für die Bürger sind sie Teil der eigenen Lebensqualität und für Unternehmen Standortvoraussetzung. Das zwingt Kommunen zum Handeln.

Schutz und Sicherheit der Bürger werden in Deutschland in erster Linie durch die Polizei gewährleistet. Die kommunale Ebene nimmt in Deutschland vor allem Aufgaben zur Gewährleistung von Ordnung und zur Prävention von Gewalt und Kriminalität wahr. Die Erwartungen der Bürger an die Schaffung und Gewährleistung sicherer Lebensräume richten sich aber gerade auch an die Städte und Gemeinden.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat im vergangenen Jahr im Rahmen des Forschungsprojekts „DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur“ zwei schriftliche Befragungen in allen deutschen Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern zum Thema „Sicherheit in deutschen Städten“ durchgeführt. Ziel der Befragung war es, einen systematischen Überblick über das Verständnis von städtischer Sicherheit, über Akteure, kommunale Aktivitäten im Bereich Sicherheit sowie Einschätzungen zu „sicheren“ und „unsicheren“ Orten in der Stadt zu erlangen. Befragt wurden die Leiter der Ordnungsämter bzw. der Fachbereiche Sicherheit und Ordnung sowie die Leiter der Ämter/Fachbereiche Stadtplanung/Stadtentwicklung/Stadterneuerung.

In den Ordnungsämtern ist eine Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben angesiedelt. Kernaufgabe der Ordnungsämter ist die Wahrung der öffentlichen Ordnung. Dabei sind die Zuständigkeiten in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich verteilt. Die Aufgabenverteilung bestimmt den Rahmen für die Wahrnehmung von Sicherheit und Ordnung.

Die Aufgabenbereiche der Ordnungsämter haben sich in den letzten Jahren erweitert. Dies ist auch teilweise damit begründet, dass immer mehr ehemals polizeiliche Aufgaben von den kommunalen Ordnungsämtern wahrgenommen werden müssen.

Sicherheit in der Kommune wird in sehr starkem Maß anlassbezogen wahrgenommen, und die Bewertung ist nicht frei von aktuellen Diskussionen. Die Art der Sicherheitsproduktion (Aufgaben, Kooperationen, Maßnahmen usw.) wird grundsätzlich davon beeinflusst, ob die Kommune über einen kommunalen Ordnungsdienst verfügt.

Anders als die Ordnungsämter greifen die Stadtplanungsämter nur indirekt in die Sicherheitsproduktion ein. Spezielle Konzepte oder Maßnahmen zum Umgang mit dem Thema „Sicherheit in der Stadt“ liegen seitens der Stadtplanung nur in wenigen Städten vor. Viele Stadtplanungsämter haben sich noch nicht mit dem Thema „Sicherheit in der Stadt“ beschäftigt.

Städte und ihre Bürger werden sich künftig in stärkerem Maß mit Sicherheitsfragen auseinandersetzen müssen. Die Kommunen müssen dabei mit wachsenden Anforderungen der Bürger an Sicherheit und Ordnung in den Städten umgehen – bei gleichzeitig begrenzter und sich zum Teil weiter verschlechternder finanzieller Ausstattung für die Aufgabenwahrnehmung. Für sichere Städte zu sorgen, bleibt dabei eine Aufgabe, an der viele Akteure beteiligt sind. Doch viele Akteure sind sich ihrer Wirkung auf Sicherheitsfragen in der Stadt noch nicht bewusst. Daher ist es notwendig, das Bewusstsein für Fragen der Sicherheit und Ordnung bei unterschiedlichen Akteuren zu wecken, nicht nur kooperative Strukturen aufzubauen, sondern auch praktisch kooperativ zu handeln und urbane Sicherheit als kontinuierliche Aufgabe und ein gemeinschaftliches Ziel der Stadtgesellschaft zu begreifen.

Das Projekt DynASS wird als interdisziplinäres Verbundprojekt mit sieben Partnern durch das BMBF im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“ gefördert. Eine ausführliche Darstellung der Befragungsergebnisse wurde im Difu-Paper „Sicherheit in der Stadt“ veröffentlicht.

Weitere Informationen:

Dr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail:
urbane-sicherheit@difu.de

Bestellung:

siehe Bestellschein



Foto: Sybille Wenke-Thiem

Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge

Weitere Informationen:

Ass. iur. Irene Schlünder
Telefon: 030/39001-256
E-Mail: schlueder@difu.de

Das gemeindliche Straßennetz muss nicht nur unterhalten, sondern vielerorts auch aus- und umgebaut werden. Aber die Gemeindekassen sind notorisch leer, viele Gemeindehaushalte haben jegliche Gestaltungsspielräume eingebüßt, weil sämtliche Mittel für Pflichtaufgaben und den Schuldendienst verwendet werden müssen. Den Gemeinden fehlen bereits die Mittel für die standardmäßige Unterhaltung und Instandsetzung, an Um- und Ausbauten ist gar nicht zu denken. Indess kann gerade durch die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zumindest dies teilweise gegenfinanziert werden. Darum ist diese Beitragsart aktueller denn je.

In den meisten Bundesländern werden Straßenausbaubeiträge von Grundstückseigentümern dann erhoben, wenn eine konkrete Baumaßnahme durchgeführt wird. Abgabepflichtig sind in der Regel die Anlieger der Straße, die ausgebaut wird. Eine Umlegung der Kosten auf die Anlieger ist aber häufig politisch schwer durchsetzbar. Das führt nicht selten zu einem erheblichen Stocken städtebaulich sinnvoller Projekte. Dort, wo Ausbaubeiträge erhoben werden, gibt es in wachsendem Maße politischen Widerstand. Berlin hat die Straßenausbaubeiträge daher gänzlich wieder abgeschafft.

Aus diesen Gründen haben sich einige Bundesländer bereits vor einigen Jahren entschieden, sogenannte wiederkehrende Straßenausbaubeiträge einzuführen. Insbesondere Rheinland-Pfalz hat überwiegend positive Erfahrungen mit den wiederkehrenden Beiträgen gemacht. Weitere Bundesländer diskutieren über die Einführung, darunter Hessen, Schleswig-Holstein und nunmehr auch Bayern. Aber auch in Nordrhein-Westfalen wird der Wunsch zur Einführung auf Gemeindeebene zunehmend formuliert.

Wiederkehrende Beiträge werden in regelmäßigen, meist jährlichen Abständen von allen oder einem abgegrenzten Kreis von Grundstückseigentümern in der Gemeinde erhoben und einem gemeinsamen Topf für Straßenausbauarbeiten in einem bestimmten Gebiet zugeführt. Sie erleichtern gegenüber den einmaligen Beiträgen die gleiche Verteilung der Lasten. Denn es zahlen grundsätzlich mehr Bürger ein, weil alle Grundstückseigentümer im festgelegten Abrechnungs-

gebiet abgabepflichtig sind und nicht nur die Anlieger einer bestimmten auszubauenden Straße. Außerdem ist die jährliche Umlage weniger belastend für den einzelnen, weil die Beiträge nicht für eine Ausbaumaßnahme auf einmal aufgebracht werden müssen.

Kürzlich hat das Verwaltungsgericht Koblenz dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorgelegt, ob wiederkehrende Beiträge gegen das Grundgesetz, insbesondere die Finanzverfassung, verstoßen. Im Kern geht es um die Frage, ob es sich bei wiederkehrenden Beiträgen noch um Beiträge oder aber um Steuern handelt, denn Steuern, die an den Grundbesitz anknüpfen, würden wohl unter den Begriff der Grundsteuer fallen und damit der Zuständigkeit der Landesgesetzgeber entzogen sein. Aber auch „wiederkehrende“ Beiträge sind Beiträge im Rechtssinne und nicht Steuern, solange der beitragspflichtige Bürger einen Sondervorteil durch den Ausbau der Straßen, den er mitfinanziert hat, erhält. Für die Abgrenzung kommt es daher auf die konkrete Ausgestaltung der Beitragspflicht an.

Weitere Informationen zu diesem Thema werden in einer Veröffentlichung im Rahmen der Difu-Papers erscheinen. Die Publikation wird eine Stellungnahme zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der wiederkehrenden Beiträge enthalten sowie Hinweise zu deren Einführung.



Foto: Elke Postler

Stadtplanung und Gesundheit

Neues Handbuch zum Einfluss der Stadtplanung auf die Gesundheit

Vor wenigen Wochen ist in der Reihe „Handbuch Gesundheitswissenschaften“ des Hans-Huber-Verlags das „Handbuch Stadtplanung und Gesundheit“ erschienen. Thematisch steht die Auseinandersetzung mit dem Einfluss der Stadtplanung auf die Gesundheit im Zentrum der Publikation.

Das Thema ist von hoher Relevanz: Der größte Teil der Weltbevölkerung lebt in Städten. Die Entwicklung der Städte – ob Wachstum oder Schrumpfung – erfolgt mit großer Schnelligkeit. Dabei können durch städtische Veränderungen Belastungen für die Gesundheit und Umwelt des Menschen entstehen. Einige dieser Belastungen lassen sich, sofern sie frühzeitig wahrgenommen und erkannt werden, durch Planung und Gestaltung der Städte verhindern.

Welchen konkreten Einfluss hat Stadtplanung auf die Gesundheit der Bürger? Wie können gesundheitliche Belange und Ansätze von Gesundheitsförderung und Prävention stärker als bislang in Konzepte und Verfahren von Stadtplanung und Stadtentwicklung integriert werden? Welche Akteure und Akteurskonstellationen sind hierfür relevant? Vor allem diesen Fragen gehen die Autoren des Buches, viele davon sind Wissenschaftler des Difu, nach. Das Buch soll notwendige Diskussionen und Entwicklungen anstoßen und weiter fördern, die die beiden Hauptthemenbereiche „Stadtplanung“ und „Gesundheit“ besser als bisher zueinander führen und miteinander verknüpfen.

Beiträge, die den thematischen Rahmen grundlegend erläutern und das Politikfeld „Stadtplanung und Gesundheit“ in einen breiteren Kontext einbetten, ermöglichen einen Einstieg in die Thematik. Die mit der Thematik erknüpften Handlungsfelder und Themenschwerpunkte (Wohnen, Freiraumplanung, Verkehrsplanung, Barrierefreiheit, Infrastrukturplanung, Umweltplanung, Luftreinhaltung, Lärminderung, Klimaschutz) werden aufgegriffen und in ihrem Bezug zu Gesundheit und Stadtplanung diskutiert. Weiter werden Strategien und Instrumente für ein integriertes Vorgehen von Stadtplanung und Gesundheit dargestellt. Schwerpunkte bilden hier sowohl ausgewählte und erprobte Instrumentarien als auch grundlegende Ansätze zur Implementation von

Gesundheitsförderung in die Stadtentwicklung, zu denen unter anderem die ressortübergreifende und integrative Zusammenarbeit von relevanten Akteuren sowie die Mitbestimmung, Beteiligung und Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt und im Stadtteil zählen.

Damit sind die verschiedenen handlungs- und planungsrelevanten Bezüge von Stadtplanung und Gesundheit aus einem interdisziplinären und intersektoralen Blickwinkel heraus dargestellt. Die Autorinnen und Autoren und ihre praxisorientierte wie wissenschaftliche Herkunft repräsentieren die für eine integrative Betrachtung von Gesundheit und Stadtplanung notwendige Multiprofessionalität. Insbesondere Stadtplaner und Gesundheitsförderer werden auf die vielfältigen Verknüpfungsmöglichkeiten und normativen Planungsanforderungen im Handlungsfeld „Stadtplanung und Gesundheit“ aufmerksam gemacht. Mit diesem integrierenden und zwischen den beiden unterschiedlichen Sektoren Brücken bauenden Ansatz wird Neuland betreten und eine Lücke in der bisherigen Planungspraxis geschlossen.

Drei der Herausgeber und einige der Autoren sind langjährige Mitglieder der Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung (AGGSE), die beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin angesiedelt ist. Die 2002 ins Leben gerufene Arbeitsgruppe verfolgt als zentrales Ziel die Integration von Gesundheitsförderung in Programme der Gemeinde- und Stadtentwicklung. Auch hierzu leistet die Veröffentlichung einen wichtigen Beitrag.



Bestellung

über den Buchhandel.
Christa Böhme, Christa Kliemke,
Bettina Reimann, Waldemar Süß
(Hrsg.): Handbuch Stadtplanung
und Gesundheit. 2012.
39,95 Euro
ISBN 978-3-456-85044-3

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Christa Böhme
Telefon: 030/39001-291
E-Mail: boehme@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Industriestädte – neue Perspektiven

Weitere Informationen:

PD Dr. Christoph Bernhardt
Telefon: 03362/793-280
E-Mail: bernhardt@irs-net.de

Bestellung:

siehe Bestellschein

Die Informationen zur modernen Stadtgeschichte IMS erscheinen mit diesem Heft in stark erweitertem Umfang und präsentieren neben dem Themenschwerpunkt nunmehr auch thematisch „freie“ Aufsätze, die ein besonderes Review-Verfahren durchlaufen. Wie im Editorial erläutert, soll mit der neuen Rubrik vor allem jüngeren Stadtforschern eine neue, attraktive Publikationsmöglichkeit geboten werden. In ihrer Einleitung zum Schwerpunkt „Industriestädte – neue Perspektiven“ betonen die verantwortlichen Herausgeber Martina Heßler (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) und Clemens Zimmermann (Universität des Saarlandes) die Potenziale einer innovativen Industriestadtstadtforschung. Allein schon die bemerkenswerte Wandlungsfähigkeit vieler Industriestädte über Krisen hinweg und die massiv wachsenden Industriestädte Asiens bergen spannende Forschungsthemen, vor allem auch in globalgeschichtlicher Perspektive.

„Industriestädte verschwinden nicht einfach wie Goldgräberstädte“, konstatiert Heinz Reif (TU Berlin) in seinem Beitrag zu Städten der Montanindustrie im 19. Jahrhundert und unterstreicht die oft unterschätzten Innovationsleistungen dieser Städte. Anne Volkmann (TU Dortmund) und Uwe-Jens Walther (TU Berlin) zeigen am Beispiel der Autostadt Flint im US-amerikanischen Bundesstaat Michigan, wie ein medial vermitteltes Negativimage eine schrumpfende Industriestadt zusätzlich schwächt, während erfolgreiche Krisenstrategien auch nach außen positiv ausstrahlen. Christoph Bernhardt (IRS Erkner) streicht die besondere Stadtkultur in sozialis-

tischen Industriestädten heraus, die in besonderer Weise von den Kombinat und ihren leitenden Angestellten geprägt wurden.

Einen medienhistorischen Blick auf das Bild der Industriestädte im 20. Jahrhundert wirft Rolf Sachsse (Hochschule der Bildenden Künste Saar) und hebt unter anderem die Rolle von Städtefilmen für die Selbstdarstellung der Kommunen hervor. Susanne Stein (Uni Tübingen) akzentuiert in ihrem Beitrag zur chinesischen „Produktionsstadt“ der 1950er Jahre den Versuch einer landesweit vom Staat koordinierten Verteilung neuer Industriestandorte in dieser Zeit. Katja Schmidtpott (Uni Marburg) skizziert die historische Industriestadtforchung in Japan, und Richard Rodger (Uni Edingburgh) analysiert in seiner Leitrezension das viel diskutierte Buch „Fordlandia“ von Greg Grandin über eine Stadtgründung Henry Fords am Amazonas.

Die thematisch „freien“ Artikel diskutieren die Nachbarschaftsidee in den amerikanischen Stadtentwürfen Walter Gropius' (Konstanze Sylva Domhardt/ETH Zürich), die städtische Kulturpolitik in bundesdeutschen Städten der 1970er Jahre (Susanne Dengel/Uni des Saarlandes) und den Zusammenhang von Lärm und Großstadtkritik in Wien um 1900 (Peter Payer/Wien).

Abgerundet wird das Heft wie immer von einem Berichtsteil über wichtige stadthistorische Tagungen der letzten Zeit und einem Terminkalender zu den für die nähere Zukunft angekündigten Tagungen.



Statue eines Bergarbeiters in Donezk/Ukraine

Foto: Brücke-Osteuropa (Public domain), via Wikimedia Commons

Akteurskonstellationen planen bei Kampagnen für Nahmobilität

Das europäische Projekt ACTIVE ACCESS zur Wiederentdeckung der Stadt der kurzen Wege konzentriert sich auf die Frage, wie das Rad fahren und Gehen populärer gemacht werden kann – zur Energieeinsparung, Bewegungsförderung und zur Unterstützung der örtlichen Ökonomie. Das Difu hat Aktionen von zwölf Kooperationspartnern in zehn Ländern im Hinblick auf „stakeholder involvement“ (Akteursbeteiligung) ausgewertet und in einem Leitfaden zusammengestellt, der ab August 2012 im Fahrradportal unter www.nrvp.de/active-access/ auch in deutscher Sprache verfügbar sein wird.

Mobilitätskultur als eigenständiges Arbeitsfeld

Radverkehrsförderung „gehört“ längst nicht mehr nur einer speziellen Fahrradlobby, sondern kann sehr verschiedene Akteure einbeziehen und begeistern. Die lokale Mobilitätskultur mit Marketingkampagnen und Aktionen weiterzuentwickeln, ist längst ein eigenständiges Arbeitsfeld neben Infrastrukturausbau, Mobilitätsservice und Verkehrssicherheitsarbeit geworden. Die Erfahrungen aus ACTIVE ACCESS dienen Kommunen, Energieagenturen und Gesundheitsvereinigungen dazu, Kampagnen systematisch planen zu können und dabei auch die Mobilität zu Fuß ernst zu nehmen.

Bei den zu vernetzenden Akteuren handelt es sich um Entscheider und Organisationen, die nicht direkt Adressaten von Kampagnen sind, aber die Erfolgchancen stark beeinflussen. Das Idealbild ist, dass sehr verschiedene Interessengruppen ihre Rivalität beiseite lassen und im gemeinsamen Interesse für den eigenen Ort oder Stadtteil, hier v.a. für bessere Bedingungen für die Mobilität zu Fuß und mit dem Rad, ein starkes Team bilden. Eine breit angelegte lokale Koalition kann auch glaubwürdig bei den Konsumenten dafür werben, die Angebote im Nahbereich wieder mehr in Betracht zu ziehen.

Akteursvernetzung je nach Wegezweck

Relevante Akteure können (neben Presse, Mandatsträgern, Fachverwaltungen, lokalen Meinungsführern und Autoritäten) sehr verschieden sein, je nach Kontext und Wegezweck: Für die Wege zum Einkaufen sind dies neben dem Einzelhandel selbst und dem Stadtmarketing auch lokale Bürgervereinigungen, die lokale Fahrrad- und Umwelt-

community. Für die Freizeitwege sind es der ÖPNV, die gesundheitliche Prävention und nicht zuletzt die Ärzte, die ausreichende Bewegung draußen per Rezept verschreiben. Für Arbeitswege sind es neben dem betrieblichen Management auch die Personalvertretungen, die Kammern sowie innovative Mobilitätsdienstleister. Gerade öffentliche Unternehmen sind aus öffentlichem Interesse besonders aktiv bei „mit dem Fahrrad zur Arbeit“ und im betrieblichem Mobilitätsmanagement insgesamt.

Bei den eigenständigen Wegen zur Schule ohne „Mamataxi“ sind es neben den Schulen selbst wiederum die aktiven Eltern, bürgerschaftliche Gruppen und die Polizei mit der Verkehrssicherheitsarbeit. Selbst die Kinder können sich vom Adressaten von Kampagnen bzw. Planungsbetroffenen zu wichtigen Akteuren wandeln, indem sie ihre Verkehrsexpertise aus eigenem Erleben aktiv gegenüber Politik, Presse und Eltern artikulieren.

Erfolgsfaktoren und Arbeitsschritte

Als Erfolgsfaktoren für Kampagnen von Kommunen, Gesundheitsförderung und Energieagenturen wurden u.a. folgende Aspekte festgehalten und im Leitfaden an Beispielen aus ACTIVE ACCESS erläutert:

- ein breites Akteurspektrum identifizieren, persönlich ansprechen und zum Mitwirken bewegen – wer alles ein Interesse an den Effekten von mehr Fußgänger- und Radfahreranteil hätte,
- ein klares Bild vom Status-quo in empirischen Daten und Argumenten erarbeiten, dass man sich schnell über die Ausgangssituation und die Entwicklungsziele einigt,
- einen realistischen Zeitplan mit extern vorgegebenen Terminen (Stadtfest, Schuljahresbeginn, Wahltermin etc.) aufstellen sowie
- Drängen auf öffentlich sichtbare Zeichen für Nahmobilität und der politischen Akzeptanz, d.h. dass man zu Fuß und mit dem Rad willkommen ist (z.B. einladend gestaltete Fahrradparker und Sitzbänke, Querungshilfen in Geschäftsstraßen).

Weitere Informationen:

Jörg Thiemann-Linden
Telefon 030/39001-138
E-Mail: thiemann-linden@difu.de
<http://www.nrvp.de/active-access/>

Nahmobilität stützt den lokalen Handel



Foto: Active-Access-Konsortium



Foto: David Ausserhofer



Erfolgreich CO₂ sparen in Kommunen

Neue Dokumentation stellt zwanzig gute Beispiele vor

Die Veröffentlichung von Praxisbeispielen ist in besonderer Weise geeignet, vorbildliche und nachahmenswerte Klimaschutzprojekte in Kommunen bekannt zu machen. Auf diese Weise werden nicht nur die Bandbreite und Themenvielfalt kommunaler Projekte und deren Träger dokumentiert, sondern auch ganz individuelle und auf die spezifischen Bedingungen vor Ort eingehende Lösungen präsentiert. Die guten Ideen und Umsetzungsstrategien sollen so möglichst viele Nachahmer finden oder zu weiteren Projekten anregen.

Klimaschutz mit System

Die im Frühjahr 2012 von der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ herausgegebene Dokumentation „Erfolgreich CO₂ sparen in Kommunen“ präsentiert 20 Klimaschutzprojekte aus fünf Themenblöcken. Das erste Kapitel stellt unterschiedliche Klimaschutzkonzepte sowie die Aufgaben einer Klimaschutzmanagerin bei der Konzeptumsetzung vor. Klimaschutzkonzepte sind eine sinnvolle Basis für die Identifikation von Potenzialen und Maßnahmen in einer Kommune. Sind die spezifischen Handlungsmöglichkeiten aufgeschlüsselt und die Prioritäten festgelegt, kann auf dieser Grundlage die Umsetzungsphase gezielt angegangen werden.

Unter der Überschrift „Klimaschutz in kommunalen Liegenschaften“ stellen acht weitere Kommunen ihre Projekte vor. Schwerpunktthemen sind Energieeffizienz, der Einsatz erneuerbarer Energien sowie unterschiedliche Möglichkeiten, erfolgreich Strom bzw. Wärme und damit CO₂ zu sparen.

Viele zum Mitmachen bewegen

Je mehr Menschen mitmachen, desto effektiver kann das Klima geschützt werden. Dies gilt ebenso im privaten wie im geschäftlichen Bereich. Möglichkeiten, unterschiedliche Zielgruppen zu „Überzeugungstätern“ im Klimaschutz werden zu lassen, präsentieren die Kapitel „Bürger zum Klimaschutz aktivieren“, „Klimaschutz in Kindergärten und Schulen“ sowie „Klimaschutz für Unternehmen“. Acht Projekte zeigen unterschiedliche Ansätze, die gesteckten Klimaschutzziele möglichst effektiv zu erreichen.

Für einen guten Vergleich sind die wichtigsten Zahlen und Fakten zu jedem Projekt übersichtlich zusammengefasst. Für jedes Beispiel gibt es einen Ansprechpartner, der telefonisch oder per Mail kontaktiert werden kann.

Jahresbericht gibt Einblick in die Difu-Forschung und -Fortbildung

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat seinen Jahresbericht 2011 veröffentlicht. Die Publikation bietet einen kompletten Überblick über die Forschungsprojekte, Veranstaltungen und Informationsservices des Instituts. Zudem werden in dem Bericht die Difu-Themenschwerpunkte samt zugehöriger Arbeitsteams mit Fotos vorgestellt. Neben der Printfassung steht die Veröffentlichung auch zum Download unter <http://www.difu.de/presse/download.html> auf der Difu-Homepage bereit.

Bevölkerung und Soziales, Politik, Verwaltung und Recht, Wirtschaft, Finanzen und Investitionen, Infrastruktur, Mobilität, Kommunaler Umweltschutz, Nachhaltige Ressourcenwirtschaft, Steuerung und Aufgabenorganisation.

Darüber hinaus bietet der Bericht einen guten Überblick über sämtliche Veranstaltungsaktivitäten, die im Jahr 2011 erschienenen Veröffentlichungen sowie Produkte des Bereichs Wissensmanagement: Internetaktivitäten und Datenbanken. Übersichten zu Gremien, Difu-Zuwendern, Finanzen, Personal, Vortragsaktivitäten der Mitarbeiter sowie ein Projektüberblick runden den Bericht ab.

Download:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=RKUFPZIG>

Weitere Informationen:
Anna Hogrewe-Fuchs
Telefon: 0221/340308-16
E-Mail:
hogrewe-fuchs@difu.de



Weitere Informationen:
Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

CircUse entwickelt neue Flächenmanagement-Datenbank

Software zur Unterstützung der Innenentwicklung liegt in deutscher Sprache vor

Die Flächenmanagement-Datenbank ist ein neues Produkt des Projekts „Circular Flow Land Management (CircUse)“. Ziel ist es, kommunalen Experten für die Planung im Innenbereich ein Werkzeug anzubieten, mit dem eine Reduzierung des Flächenverbrauchs leichter umgesetzt werden kann. Dieses Programm ist nun in den sechs verschiedenen Sprachen erhältlich.

CircUse – Flächennutzung neu denken

Das Projekt CircUse basiert auf einer neuen Flächennutzungsphilosophie, die mit dem Slogan „Vermeiden – Verwerten – Ausgleichen“ beschrieben werden kann. Um die Philosophie mit Leben zu füllen, werden in dem Vorhaben neue instrumentelle Ansätze zur Optimierung des Flächenmanagements und zur Minimierung der Versiegelung von bisher unbebautem Land entwickelt.

Neue Software zur Umsetzung der CircUse Idee

Die Idee eines nachhaltigen Umgangs mit Flächen soll durch die neu entwickelte Flächenmanagement-Datenbank unterstützt werden. Entwickelt wurde die Software vom Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG) in Freiberg. Das Programm bietet Akteuren im Bereich des Flächenmanagements eine Plattform, mit der Informationen aus der Felderfassung gesammelt, Karten und Datenbanken eingepflegt und bearbeitet werden können. Auf Basis einer ersten Analyse werden Informationen zum aktuellen Zustand der Flächen gesammelt. Darin werden Flächen den Kategorien „unbebaute Grünfläche mit Möglichkeiten zur Entwicklung“, „unversiegelte und ungenutzte Flächen“, „Baulücken“ oder „Brachflächen“ zugeordnet. Darüber hinaus wird die vorherige Nutzung der Flächen erfasst. Auf Basis dieser Angaben erarbeitet das Programm Vorschläge für eine künftige Nutzung der eingetragenen Flächen. Diese werden in Kategorien wie etwa „Bebauungsfähig“, „Bebauungsfähig mit Einschränkungen“, „Mögliche Renaturierung“ oder „geplante urbane Expansion nicht möglich“ zugeordnet. Die Kategorien verschaffen Planern eine Übersicht über verschiedene Potenziale in der Stadt oder Region.



Foto: Maic Verbücheln

Einfaches Importieren und Exportieren von Daten

Die Flächenmanagement-Datenbank basiert auf MS Access 2007 und steht deshalb breiten Nutzergruppen zur Verfügung. Das Programm wird beispielsweise in Stadtverwaltungen, Ämtern und anderen Akteuren im Bereich des Flächenmanagements genutzt. MS Access 2007 hat verschiedene Vorteile, da etwa Dateien und Daten aus anderen Programmen wie MS Excel einfach importiert werden können. Desweiteren können Dateien in Geoinformationssysteme (GIS) exportiert werden. Um visuelle Informationen bereitzustellen, ist es möglich, Fotos der individuellen Flächen in das System zu integrieren. Diese Grundlagen ermöglichen eine transdisziplinäre Analyse, da auch Experten aus anderen relevanten Bereichen die Daten nutzen können.

Internationale Ausrichtung

Die Flächenmanagement-Datenbank wurde von Experten in sechs Ländern getestet: Polen, Slowakei, Italien, Deutschland, Tschechien und Österreich. Das Programm liegt in den Sprachen der sechs Partnerländer vor und wurde in den jeweiligen Regionen als Software eingeführt. Im europäischen Kontext wurde zudem eine englische Version erarbeitet, um das Programm einem breiten Interessentenkreis zur Verfügung zu stellen.

Projektpartner installieren die Flächenmanagement-Datenbank

Werkzeug zum Flächenmanagement steht als Download zur Verfügung

Als Produkt des CircUse-Projekts wird die Flächenmanagement-Datenbank kostenfrei als Download zur Verfügung gestellt.

Das Programm ist auf der Webseite www.circuse.eu unter der Rubrik „Project Results“ abzurufen. Hier sind auch andere Produkte des Vorhabens zu finden.

Das Projekt CircUse wird im Rahmen des CENTRAL EUROPE Programms umgesetzt und durch EFRE-Mittel kofinanziert.

Weitere Informationen:

Dipl.-Agrar-Ing.
Thomas Preuss
Telefon: 030/39001-265
E-Mail: preuss@difu.de

Bürgerbeteiligung an Großprojekten der Stadtentwicklung

Großprojekte der Stadtentwicklung und große Infrastrukturprojekte stehen in Deutschland gegenwärtig im Fokus der Aufmerksamkeit. Die damit verbundenen Planungsprozesse geraten zunehmend unter Legitimationsdruck. Die wachsende Kritik der Bevölkerung und die deutlich vorgetragenen Forderungen nach mehr Mitwirkung und Mitgestaltung haben die Aufmerksamkeit auf die Prozesse zur Vorbereitung derartiger Vorhaben und Projekte gelenkt. Verbunden ist die beobachtbare Zunahme an Konflikten um Infrastruktur-Großprojekte sowie um stadtprägende Stadtentwicklungsvorhaben in den Kommunen mit einer zu überprüfenden Ausgestaltung der Rollen und des Zusammenspiels von Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft sowie einer veränderten Bedeutung neuer und alter Medien.

Wie aber reagieren Städte auf diese Herausforderungen? Welche Formen der Bürgerbeteiligung werden auf kommunaler Ebene durchgeführt? Welche Erfahrungen wurden dabei bislang gemacht? Wie gestaltet sich das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft? Diese und anderen Fragen will das Difu im Jahr 2012 empirisch fundiert bearbeiten. Methodisch gestützt werden die Forschungen auf eine Difu-Städtebefragung zum Thema Bürgerbeteiligung sowie auf die Vertiefung von fünf Fallstudien (Köln, Leipzig, Mannheim, Saarbrücken, Stuttgart).

Ende 2012 sollen neben einem wissenschaftlichen Auswertungsbericht eine kommunale Handreichung sowie Empfehlungen an die Politik und Verwaltung vorgelegt werden.

Natur und Landschaft bei der Konversion militärischer Liegenschaften

Fallstudien und Empfehlungen

Die Umnutzung ehemaliger militärischer Anlagen für zivile Zwecke ist von anhaltender Aktualität für Städte und Gemeinden im Bundesgebiet. In den 1990er Jahren überwiegend durch den Abzug der Alliierten freigegeben, fallen nun durch die Strukturreform der Bundeswehr und die Truppenreduzierung zahlreiche weitere Flächen brach. Nicht nur für den Bund als Eigentümer der Fläche stellt sich somit die Frage, wie die frei gewordenen Flächen verwertet werden können. Auch für die Städte und Gemeinden ist die Wiedereingliederung der Brachflächen in den Wirtschaftskreislauf und die baulich-strukturelle Revitalisierung meist von höchster Priorität.

Aufwändige Altlastenuntersuchungen, die Beräumung von Kampfmitteln und der erforderliche Umbau vorhandener Infrastruktur machen Konversionsmaßnahmen zu komplexen Herausforderungen. Zusätzlich kann ein spezieller Teilaspekt zum Hindernis für die wirtschaftliche Nachnutzung der Militär-

flächen werden: die Integration der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Häufig haben sich innerhalb der ehemals militärisch genutzten Bereiche wertvolle Biotop- und Vegetationsstrukturen entwickelt, die es zu erhalten, auszugleichen oder zu ersetzen gilt. Die Anforderungen können im Einzelfall die Tragfähigkeit und Vermarktung der Maßnahme erschweren bzw. unmöglich machen.

Anhand von sechs Fallbeispielen wird in der Studie deutlich gemacht, wie die Berücksichtigung von Naturschutz und Landschaftsbelangen bei der Konversion gelingen und eine integrierte Planung unter Nutzung von Bündelungseffekten erfolgreich gestaltet werden kann. Entsprechend werden aus den Beispielen Empfehlungen für die Praxis abgeleitet. Im dritten Quartal des Jahres 2012 werden die Ergebnisse in einer Sonderpublikation veröffentlicht.

Weitere Informationen:
Univ.-Prof. Dr.-Ing.
Klaus J. Beckmann
Telefon: 030/39001-214/215
E-Mail: kj.beckmann@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de

Foto: Wolf-Christian Strauss

Weitere Informationen:
PD Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: michalski@difu.de

Energiewende und kommunales Energiemanagement

Herausforderungen und Handlungserfordernisse

Mit der Energiewende der Bundesregierung wurden der Umbau der Energieversorgung und eine ambitionierte Steigerung der Energieeffizienz beschlossen. Zur Erreichung der damit verbundenen Ziele ist nicht nur die Substitution der Atomenergie und fossiler Energieträger durch erneuerbare Energiequellen erforderlich, sondern zugleich auch die Einsparung und die möglichst effiziente Nutzung der Energieressourcen.

Die aktuellen Herausforderungen der Energiewende für das kommunale Energiemanagement standen im Mittelpunkt des 17. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten, der am 19. und 20. März 2012 in der Gastgeberstadt Düsseldorf stattfand.

Dirk Elbers, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf begrüßte die rund 250 Teilnehmer aus Kommunen der gesamten Bundesrepublik und würdigte die Bedeutung des Kongresses: „Wichtige Impulse und Anregungen für nachhaltige Projekte und Konzepte liefert jedes Jahr von Neuem der Austausch der Energiebeauftragten von Städten und Gemeinden“. Zudem stellte er den Beitrag der Landeshauptstadt für die Umsetzung der Energiewende vor. „Die Landes-

hauptstadt Düsseldorf hat bereits 2008 mit der Verabschiedung eines Klimaschutzprogramms die Weichen gestellt. Sie wird voraussichtlich im Jahr 2050 die Klimaneutralität erreichen. Dann werden von der Stadt kaum noch Treibhausgase ausgestoßen“, erklärte Oberbürgermeister Dirk Elbers.

Zum Auftakt des Fachkongresses referierte Dr. Udo Brockmeier, Vorstand der Stadtwerke Düsseldorf AG, zum Thema „Schlüssel zum Umbau des Energiesystems in Deutschland“, Mathias Linder, Vorsitzender des Arbeitskreises „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages, stellte die „Herausforderungen der Energiewende für das kommunale Energiemanagement“ vor und Dr. Werner Görtz, Leiter des Umweltamtes Düsseldorf, beschrieb die Wege zu einer klimaneutralen Stadt. Im Anschluss wurden an den zwei Veranstaltungstagen insgesamt 20 verschiedene Workshops mit vielen Beiträgen und Beispielen aus unterschiedlichen Kommunen durchgeführt. Zudem konnten die Teilnehmer Exkursionen in Düsseldorf unternehmen, wie beispielsweise die Besichtigung der modernen und energieeffizienten Architektur des Medienhafens, die Energieversorgung im Kraftwerk Lausward und die geschaffene Infrastruktur für Elektromobile.



Oberbürgermeister Dirk Elbers
Foto: Benedikt Jerusalem

Die Beiträge des Kongresses werden in der Reihe „Difu-Impulse“ veröffentlicht.



(von links): Dr. Udo Brockmeier (Stadtwerke Düsseldorf), Umweltdezernentin Helga Stulgies, Oberbürgermeister Dirk Elbers, Umweltamtsleiter Dr. Werner Görtz und Cornelia Rösler (Difu)

Foto: Benedikt Jerusalem, Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Kommunikation

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 0221/340 308-18
Fax: 0221/340 308-28
www.difu.de
www.kommunaler-klimaschutz.de



Strategien gegen Fachkräftemangel in Kommunalverwaltungen

Seit Jahren sind Seminare zu aktuellen Fragen des Personalmanagements fester Bestandteil des Difu-Fortbildungsprogramms. In den Veranstaltungen sind in unterschiedlicher Intensität schon frühzeitig Instrumente und Maßnahmen vorgestellt und erörtert worden, mittels derer die Arbeitsumgebung und die -prozesse so gestaltet werden können, dass auch ältere Beschäftigte ihrem Wissen und ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend an der kommunalen Leistungserstellung mitwirken können. Vom 27. bis 28. Februar fand in Berlin das Difu-Seminar „Gestern Leistungsträger, morgen Hoffnungsträger? Strategien gegen Fachkräftemangel in Kommunalverwaltungen“ statt. Zu den wesentlichen Auslösungsgründen dieses Seminars zählten Erkenntnisse der für das Land Berlin erstellten Difu-Studie „ServiceStadt Berlin 2016“. Darin wurde u. a. untersucht, welchen Einfluss die Veränderung unterschiedlicher, nicht nur demografischer und finanzieller Rahmenbedingungen auf die Erstellung kommunaler Serviceangebote hat und welche neuen Anforderungen daraus für die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung abgeleitet werden können, denen mit entsprechenden Maßnahmen des Personalmanagements bereits heute begegnet werden kann.

Unabhängig davon, in welchem Ausmaß sich die teils dramatischen Prognosen zur Entwicklung des Fachkräftebedarfs in den kommenden Jahren als zutreffend erweisen, werden auch die Kommunalverwaltungen einen verstärkten Wettbewerb um Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt spüren. Bereits heute müssen Ausschreibungen wiederholt werden, da aus den Bewerbungen kein geeignetes Personal rekrutiert werden konnte. Einen erfolgversprechenden Weg aus diesem Dilemma sehen auch immer mehr öffentliche Arbeitgeber im Aufbau eines Demografiemanagements. Die integrierte Behandlung wesentlicher Handlungsfelder wie Arbeitsorganisation und Wissenstransfer, Unternehmenskultur und Arbeitgeberimage, Personalrekrutierung, Personalentwicklung, Personalführung, Diversity Management, Aus- und Weiterbildung und Gesundheitsmanagement schafft neue Perspektiven für die qualifizierte Lösung aktueller Probleme der kommunalen Aufgabenerfüllung.

Obwohl es in fast allen im Seminar vertretenen Kommunalverwaltungen noch kein ge-

schlossenes Konzept eines demografieorientierten Personalmanagements gibt, wurde doch deutlich, dass dem drohenden und teilweise schon aktuell spürbaren Fachkräftemangel bereits mit zahlreichen Einzelmaßnahmen begegnet wird: die Entwicklung und/oder Überarbeitung anforderungsgerechter Personalmanagement- und Fortbildungskonzepte, Ausbildungs-offensiven, vielfältige Werbemaßnahmen um Fachkräfte und neue Auszubildende, die verstärkte Übernahme von Auszubildenden, die Förderung von Mentoring-Projekten, der Wegfall von Wiederbesetzungssperren, der konsequente Aufbau eines Diversity-Managements, die Erarbeitung einer Arbeitgebermarke, die Einführung von Elementen des Wissens- und des Gesundheitsmanagements, die Verzahnung des Gesundheitsmanagements mit dem betrieblichen Eingliederungsmanagement, die Etablierung von Personaldialogen und Demografiegesprächen und Informationsveranstaltungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie von Beruf und Pflege.

Die Erfahrungen mit den genannten Maßnahmen sind durchaus positiv, obwohl es häufig an Nachhaltigkeit fehlt und nicht zuletzt deshalb bei der Beseitigung des aktuell spürbaren Fachkräftemangels bislang nur bedingt Erfolge zu verzeichnen sind. Deutlich wurde aber auch, dass der eingeschlagene Weg weiter beschritten werden muss. Wenn es gelingt, flächendeckend ein wertschätzendes, motivierendes und nachhaltiges Alternsmanagement zu etablieren, wird gewährleistet werden können, dass ältere Beschäftigte entsprechend ihrer individuellen Leistungsfähigkeit an der Erfüllung der sich teils vielfältig wandelnden öffentlichen Aufgaben mitwirken können. Ein wesentliches Erfolgskriterium der damit verbundenen „Individualisierung der Personalarbeit“ wird in der Kommunikationsfähigkeit der Verantwortlichen und der in der Verwaltung etablierten Kommunikationskultur liegen, um vor allem die gewählten Strategien im Wettbewerb um Fach-, Führungs- und junge Nachwuchskräfte, das Wissensmanagement, die Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und das Diversity-Management erfolgreich umsetzen und die Zukunftsfähigkeit der Kommunalverwaltung sichern zu können. Die Diskussionen der Seminarteilnehmer lassen die Vermutung zu, dass das Bewusstsein dafür in vielen Kommunen vorhanden zu sein scheint.

Weitere Informationen:

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp
Telefon: 030/39001-242
E-Mail: knipp@difu.de

Kommunale Beteiligungskultur

Konsequenzen für die lernende Verwaltung

Die Beteiligung der Stadtgesellschaft an der Stadtentwicklung verändert sich – dies legen die Debatten und Folgen nicht nur aus Stuttgart 21 nahe. Eingefordert werden veränderte Formen und neue Qualitäten in Beteiligungsprozessen und Planungsverfahren. Sofern dies ernst genommen wird, ergeben sich daraus auch für die Kommunen erhebliche Konsequenzen, und zwar nicht nur in ihrem Handeln nach außen, d.h. bei der Ansprache und dem Einbezug der Bürgerschaft im Rahmen der Konzeption und Organisation von Beteiligungsprozessen, sondern auch nach innen. Die Kooperation unterschiedlicher Ressorts und Ämter, die Qualifizierung und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen sind nur einige der noch zu lösenden Aufgaben. Bisher sind die durchaus engagierten und guten Aktivitäten einzelner Verwaltungsressorts oftmals nicht bekannt und in noch nicht ausreichendem Maße verwaltungsübergreifend abgestimmt.

Soll jedoch eine übergreifende kommunale Beteiligungskultur aufgebaut werden, müssten Kommunikation und Kooperation zwischen unterschiedlichen Ressorts verbessert und Kompetenzen für partizipative Verfahren innerhalb der Verwaltung gefördert werden. Kommunen benötigten, kurz gesagt, mehr Ressourcen, mehr Wissen und integrativere Organisationsstrukturen. Diese Innenperspektive der Verwaltung steht bei der derzeitigen Diskussion um Partizipationsprozesse noch zu wenig im Blickfeld, obwohl gerade hier wichtige Schlüssel zum Erfolg liegen. Ihr galt die besondere Aufmerksamkeit im Seminar.

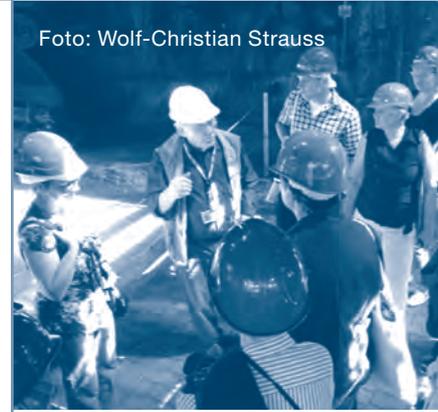
Die Beiträge und Diskussionen zum Thema waren vielfältig und spiegelten das große Interesse und den hohen Handlungsbedarf in vielen Kommunen wider. Hierbei wurde „Beteiligung“ nicht nur aus einer methodischen und instrumentellen Perspektive betrachtet, die danach fragte, wer wie am besten erreicht werden kann. Vielmehr standen die Auswirkungen einer Entscheidung für qualitätsvolle Beteiligungsprozesse und damit auch für eine kommunale Beteiligungskultur auf kommunale Organisationsprozesse und Strukturen im Mittelpunkt der Diskussionen. Als Impulsgeber für angeregte Diskussionen erwiesen sich die Werkstattberichte aus Heidelberg, Potsdam, Mannheim, Essen und Filderstadt.

Durchaus kontrovers diskutiert wurde, wessen Sache die Bürgerbeteiligung innerhalb und außerhalb der Verwaltung ist. Rollen und Kompetenzen von Fachbereichen, Ämtern und verwaltungsexterner Moderation wurden in diesem Zusammenhang unterschiedlich bewertet. Auch zeichnete sich ab, dass die konkrete Umsetzung top-down oder eher behutsamer „von unten“ von der jeweiligen kommunalen Verwaltungs- und Politikkultur abhängt und es keinen „richtigen“ Weg gibt.

Als gemeinsame noch ungelöste Herausforderung erkannt wurde die Ausrichtung der Beteiligungsprozesse auf ein möglichst breites (soziales) Spektrum der Bevölkerung. Besonders intensiv wurde daher die Diskussion um den Umgang mit Partikularinteressen geführt. Die gewählte Kommunalpolitik wurde dabei überwiegend als Garant des Gemeinwohls identifiziert, so dass in den vorgestellten Beteiligungsansätzen dieser Gruppe auch stets die letzte Entscheidung zugesprochen wurde. Für eine explizite Stärkung der direkten Demokratie sprachen sich nur wenige aus, der Rahmen der repräsentativen Demokratie für Beteiligungsprozesse wurde überwiegend als gut bewertet.

Deutlich zeichnete sich in den Diskussionen die Bedeutung unterschiedlicher kommunaler Ressourcen ab. So wiesen vor allem Beteiligte aus Haushaltssicherungskommunen darauf hin, dass Bürgerbeteiligung kein unbezahlbarer „Luxus“ darstellen dürfe.

In der Abschlussdiskussion wurde weitgehend einvernehmlich festgestellt, dass Bürgerbeteiligung in den Kommunen ein fester Bestandteil von Stadtentwicklung ist. Von der Etablierung einer kommunalen Beteiligungskultur, so allerdings ein weiteres Resümee, sind viele Städte jedoch noch weit entfernt. Gleichwohl bieten zahlreiche gute Praxisprojekte und konkrete Erfahrungen für den Aufbau einer kommunalen Beteiligungskultur eine gute Basis. Angeregt wurde eine Wiederholung des Seminars in zwei Jahren, um den Fortgang und Erfolg der unterschiedlichen kommunalen Beteiligungsprozesse beurteilen und diskutieren zu können.



Weitere Informationen:

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Telefon: 030/39001-189
E-Mail: bock@difu.de

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Telefon: 030/39001-191
E-Mail: reimann@difu.de



Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages (v.l.)



Kerstin Landua, Arbeitsgruppe Fortbildung im Deutschen Institut für Urbanistik



Dr. Thomas Meysen, Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg

Fotos: Rita Rabe

Weitere Informationen:
Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Rechtsanspruch auf Krippenplätze

Wettlauf zwischen Hase und Igel oder Betreuungsquote gegen den tatsächlichen Bedarf?

Die Fachtagung „Ist hier noch ein Platz frei? Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 – ‚Traumquote‘ oder erfüllbarer Auftrag mit Qualitätsgarantie?“ wurde gemeinsam vom Deutschen Städtetag und dem Deutschen Institut für Urbanistik am 1. und 2. März in Berlin veranstaltet. Auf der Tagung wurde darüber diskutiert, wie der quantitative Realisierungsstand in den einzelnen Bundesländern und Kommunen aktuell aussieht. Darüber hinaus umfasste die inhaltliche Debatte der Tagung u.a. folgende Aspekte:

- Welche Steuerungsmöglichkeiten hat eine Kommune, um die Erfüllung des Rechtsanspruchs sicherzustellen?
- Was mache ich im „Fall X“ bzw. was können Kommunen tun, die es nicht schaffen werden, den gesetzlich verankerten Rechtsanspruch bis August 2013 sicherzustellen?

Dr. Stephan Articus, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des DST, betonte in seiner Rede, dass der Deutsche Städtetag bereits im vergangenen Herbst eindringlich darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Realisierung des Rechtsanspruchs 2013 in vielen Städten gefährdet ist. Kommunen, die das erforderliche Betreuungsangebot vor Ort (noch) schaffen müssen, ständen dabei vor großen planerischen und finanziellen Aufgaben, weil die Bedarfe in vielen Städten weit über die ursprünglich von der Bundesregierung angepeilte 35 Prozent-Quote hinausgingen. Oftmals fehle es an geeigneten Grundstücken für die geplanten Baumaßnahmen. Zudem bestehe in einigen Städten die große Sorge, dass die rechtzeitige Realisierung des Rechtsanspruchs aufgrund des Fachkräftemangels scheitern wird. Deshalb müsse gemeinsam überlegt werden, wie Übergangsszenarien realistisch ausgestaltet werden können und ob aufgrund der sehr unterschiedlichen Situation in den einzelnen Regionen eine zeitlich befristete Öffnung des Gesetzes für länderspezifische Lösungen denkbar wäre.

Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin, betrachtete den aktuellen Ausbaustand ebenfalls mit großer Sorge. Er stellte fest, dass die Ausbaudynamik erheblich nachgelassen habe und noch nicht alle vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel abgeru-

fen worden seien. Es bedürfe einer klaren Analyse, was getan werden kann, um den Ausbauftrag fristgerecht zu erfüllen. Wenn alle gemeinsam, Bund, Länder und Kommunen ihre Verantwortung wahrnehmen, seien „die 35 Prozent“ noch machbar.

Dr. Thomas Meysen, Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg, sprach über die, fast alle im Plenum bewegende, Frage: Was mache ich im „Fall X“? Seine Antworten: Ein nicht erfüllter Rechtsanspruch ist ein rechtswidriger Zustand. Der Bedarf muss gedeckt werden, wenn er von Bürgern angemeldet wird, egal wie hoch die Quote an Betreuungsplätzen U3 ist. Was kann nun aber getan werden, wenn erkennbar wird, dass es die Kommune bis 2013 nicht schafft, den Rechtsanspruch einzulösen? Die Empfehlung von Dr. Thomas Meysen lautete im Falle eines Gerichtsstreits, eine Verpflichtung auf Schaffung eines Platzes in angemessener Zeit auszusprechen und über (zeitweise) Gruppenvergrößerungen und Ausnahmegenehmigungen nachzudenken.

An der abschließenden Podiumsdiskussion mit der Fragestellung, „Auf der Suche nach Lösungen. Ist der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 noch rechtzeitig zu schaffen?“, nahmen Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen teil. Konkrete Forderungen, u.a. von Seiten des DST, waren:

- keine starren Quoten, sondern örtlicher Bedarf ist entscheidend
- rechtzeitig über Ausnahmegenehmigungen und Absenkung von Standards reden
- eng getaktete Beobachtung der Ausbautätigkeit und Sicherstellung der Finanzierung
- gemeinsame politische Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen für die Zielerreichung.

Es war ein Versprechen aller, am Thema zu bleiben. Bei allen diskutierten Schwierigkeiten sollte aber nicht vergessen werden, dass es eine neue gesellschaftliche Bedeutung und auch Akzeptanz von öffentlicher Kindertagesbetreuung gibt. Und dass eine Vielzahl von Betreuungsplätzen bereitsteht, an die vor einigen Jahren, gerade für die Kleinsten, noch gar nicht zu denken war. Es müssen „nur“ noch mehr werden.

Verstörung als Chance

Schlussfolgerungen aus den Runden Tischen Heimerziehung und ‚Sexueller Kindesmissbrauch‘

„Die Jugendhilfe in Aufregung und Diskursfähigkeit versetzen“ – dieses Anliegen verfolgte die Tagung „Was hat das mit uns zu tun? Umsetzung der Schlussfolgerungen aus den Runden Tischen Heimerziehung und ‚Sexueller Kindesmissbrauch‘ in die Jugendhilfepraxis“, die am 15. und 16. März in Berlin stattfand und an der 130 Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe teilnahmen.

Und was hat das mit uns zu tun?

Entsprechend dem Tagungstitel erläuterte Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Leiterin des Referats Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe im BMFSFJ in ihrer Eröffnungsrede den Beitrag des Bundes anhand gesetzlicher Regelungen und Maßnahmen: der Verabschiedung des Bundeskinderschutzgesetzes, der Einsetzung eines unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs oder der Erstellung eines Aktionsplans 2011 der Bundesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung.

Anschließend stellten Rainer Kröger als Mitglied des Runden Tisches Heimerziehung und Prof. Dr. Mechthild Wolff als Mitglied des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ die zentralen Ergebnisse und Schlussfolgerungen für die Jugendhilfe aus den Runden Tischen vor.

Bezugnehmend auf die dargelegten Erkenntnisse leistete Prof. Dr. Christian Schrapper, Erziehungswissenschaftler an der Universität Koblenz-Landau und Mitglied des Runden Tisches Heimerziehung, Übersetzungsarbeit. Er fragte, was ist „das“, was etwas mit uns zu tun haben soll, warum „das“ etwas mit uns zu tun hat und was ist zu tun. Für Prof. Dr. Schrapper habe die (Jugendhilfe)Praxis damals dreifach versagt:

- konzeptionell, indem Kinder vielmehr als Objekte der Besserung und Verwahrung wahrgenommen und behandelt wurden;
- strukturell durch (noch) fehlende oder nicht wahrgenommene fachliche, rechtliche und öffentliche Kontrollinstanzen und
- praktisch infolge der unzureichenden Ausstattung von Einrichtungen und der teils unqualifizierten Mitarbeiterschaft öffentlicher Erziehung in Einrichtungen.

Folglich sei die Praxis gefordert:

- Kinder als Subjekte der Förderung und Bildung mit Rechten und Schutzbedürfnissen wahrzunehmen und zu behandeln (konzeptionell);
- ausreichende Reflexion und Kontrolle auf fachlicher, rechtlicher und öffentlicher Ebene zu gewährleisten (strukturell) und die erforderliche quantitative und qualitative pädagogische Arbeit zu sichern (praktisch).

Aufgabe der Praxis sei es nun, diese Forderungen mit Leben zu erfüllen, also konkrete Konsequenzen für die Praxis abzuleiten, denn Wissen allein schützt nicht. Hierzu diskutierten die Tagungsteilnehmer in Arbeitsgruppen.

Wie viel Nähe verträgt eine professionelle Beziehung?

Hierzu wurde am zweiten Tagungstag weiter diskutiert. Im Vortrag von Dr. Marie-Luise Conen, Leiterin des Context-Instituts für systemische Therapie und Beratung, und in den Arbeitsforen wurde deutlich: Wir wünschen uns zu Fragen im Kontext von „Macht und Ohnmacht“ sowie „Nähe und Distanz“ der Abhängigkeitsbeziehungen einfache Antworten, aber es gibt hier keine einfachen Antworten. Eine Antwort von Dr. Conen war: Das Spannungsfeld zwischen „Aufgehoben-sein“ und „Benutztwordensein“, in dem missbrauchte Kinder leben, sei für Fachkräfte eine große Herausforderung. Die Würdigung von Distanz und Achtsamkeit sei deshalb immens wichtig. Fachkräfte sollten sich als „Zuarbeitende“ für die Eltern und nicht als Elternersatz verstehen, dann könne Beziehungsarbeit erfolgreich sein. Sie bräuchten dafür einen besseren institutionellen Rahmen und Unterstützung in Form von Supervision, Fortbildung und gemeinsamer Fallbesprechung. Hierfür sollte ihnen mehr Raum und Zeit gegeben werden, auch um eigene Überforderungen zu vermeiden.

Wissen ist nicht automatisch Können und Handeln!

Das zeigte die Tagung: Der Praxis muss die Verstörung durch die Skandale der Vergangenheit erhalten bleiben. Die Praxis muss weiter gemeinsam nach geeigneten Lösungswegen aus diesem Problemfeld suchen.



Dr. Marie-Luise Conen, Context-Institut, Berlin; Rainer Kröger, Diakonieverbund Schweicheln, Hiddenhausen; Dr. Maria Kurz-Adam, Jugendamt München (v.l.)



Prof. Dr. Mechthild Wolff, Hochschule Landshut und Prof. Dr. Ulrike Urban-Stahl, Freie Universität Berlin (v.l.)



Norbert Struck, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Berlin und Prof. Dr. Christian Schrapper, Universität Koblenz-Landau (v.l.)

Fotos: Rita Rabe

Weitere Informationen:

AG Fachtagungen
Jugendhilfe im Difu
Dipl.-Soz. Maja Arlt
Telefon: 030/39001-195
E-Mail: arlt@difu.de

Dipl.-Soz. Kerstin Landua
Telefon: 030/39001-135
E-Mail: landua@difu.de

Tagungsdokumentation:
<http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de>

Internationale Konferenz Städtischer Wirtschaftsverkehr

Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt

Telefon: 030/39001-252

E-Mail: arndt@difu.de

Dr. Jürgen Gies

Telefon: 030/39001-240

E-Mail: gies@difu.de

Am 6. und 7.2. diskutierten im Rahmen einer internationalen Konferenz im Difu rund 80 Wissenschaftler, Planer, Verbands- und Vertreter von Logistikunternehmen sowie Berater über aktuelle Themen des städtischen Wirtschaftsverkehrs. Die französischen Institute LET und CERTU, das europäische Netzwerk POLIS und das Difu haben diese trilinguale Konferenz gemeinsam organisiert. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops beschäftigten sich die Teilnehmer mit fünf Themenblöcken:

- Entwicklungstendenzen und Problemfelder im städtischen Wirtschaftsverkehr
- Datenbedarf und Indikatoren des städtischen Wirtschaftsverkehrs für Verkehrspolitik und -planung
- Strategien und Maßnahmen für die Gestaltung eines nachhaltigen städtischen Wirtschaftsverkehrs
- Vergleich der rechtlichen Rahmen in der EU für Planungsmaßnahmen im städtischen Wirtschaftsverkehr
- Integration des Wirtschaftsverkehrs in städtische Planungsprozesse (Synergien zwischen Maßnahmen für privaten und Wirtschaftsverkehr)

Aktuelle gesellschaftliche Trends wie Alterung der Bevölkerung, Verkleinerung der Haushaltsgrößen, Schrumpfung der Bevölkerungszahl und abnehmende Siedlungsdichte, aber auch neue Produktionstechnologien und neue Distributionsoptionen wie Internethandel, Interneteinkauf, 24h-Lieferservice-Erwartung führen zu neuen Herausforderungen an den Wirtschaftsverkehr. In der Folge wird der Handlungsdruck für die Transportunternehmen größer. Die Kosten der Auslieferung insbesondere auf der „letzten Meile“ bis zum Endkunden im städtischen Raum machen 50 Prozent und mehr der gesamten Transportkosten der Wertschöpfungskette aus. Logistikbetreiber versuchen diese Kosten durch Effizienzsteigerungen in der Fahrzeugtechnik, durch intelligente Anlieferlogistik und im Fahrzeugeinsatz zu senken. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen ist jedoch abhängig von infrastrukturellen Voraussetzungen und verkehrlichen Bedingungen sowie der Unterstützung durch städtische Verkehrspolitik und -planung.

Ein Drittel des städtischen Verkehrs wird dem Wirtschaftsverkehr zugeordnet. Doch schon in der Definition beginnen die Probleme. In

einigen Ländern wird ausschließlich Güterverkehr darunter verstanden. Doch auch Dienstleistungs- und Geschäftsfahrten sowie Sonderverkehr gehören dazu. Erhebungsmethoden für den Wirtschaftsverkehr können nicht einfach vom Personenverkehr übernommen werden. Für Güterverkehr, insbesondere in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden eine Reihe von elaborierten Erhebungsverfahren, die teilweise periodisch durchgeführt werden. Die Datenerfassung zum Dienstleistungs- und Personenwirtschaftsverkehr dagegen steckt in den Kinderschuhen. Insbesondere die Zunahme von Lkw-Fahrten im Güterverkehr führen zu steigenden ökologischen Problemen in Städten. Viele Städte versuchen, die Auswirkungen dieser Fahrzeuge mit Umweltzonen, Lkw-Führungsrouten oder Benutzervorteilen für schadstoff- und lärmarme Antriebstechniken zu begrenzen. Aber auch City-Logistikkonzepte erleben in Form neuer Ansätze des „Urban Goods Management“ eine Renaissance.

Verschärfte Grenzwerte für Luftschadstoffe und Verkehrslärm, die EU-Umgebungslärmrichtlinie u.a. aktuelle Änderungen rechtlicher Regelungen unterstreichen die Bedeutung, den Wirtschaftsverkehr stärker als bisher in die Planungsprozesse zu integrieren. Das Thema ist auf kommunaler Ebene jedoch noch selten Planungsgegenstand. Die Notwendigkeiten, aber auch Möglichkeiten für die Integration dieser Verkehrsart wurden vor allem in Workshops der Konferenz betrachtet. Dabei standen neben dem rechtlichen Rahmen im Vergleich von verschiedenen Ländern auch praktische Beispiele für Strategien und Maßnahmen sowie Umsetzungsmöglichkeiten im Vordergrund. In Frankreich besteht durch den formellen Plan de Déplacements Urbains (PDU) ein adäquates Planungsinstrument auch für den städtischen Güterverkehr.

Einigkeit bestand unter den Teilnehmern, dass die Thematik und die Entwicklung von Gestaltungsmaßnahmen im Wirtschaftsverkehr Wissenschaft, Kommunen, Stadt- und Verkehrspolitik in den nächsten Jahren weiter zunehmend beschäftigen werden. Das Difu wird die begonnene internationale Kooperation vertiefen und in weiteren Veranstaltungen Wissen vermitteln und Erfahrungsaustausch organisieren.

Ein Tagungsband ist für Herbst 2012 geplant.



Foto: Elke Postler

Interkommunaler Erfahrungsaustausch in Saarbrücken

Vom 9. bis 11. Mai 2012 veranstaltete das Difu in Zusammenarbeit mit der Stadt Saarbrücken den diesjährigen 42. Interkommunalen Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung. Der Erfahrungsaustausch wurde in der saarländischen Landeshauptstadt im Rahmen eines Abendempfangs von der Saarbrücker Oberbürgermeisterin Charlotte Britz eröffnet.

Seit 1973 findet der Erfahrungsaustausch jährlich in wechselnden Städten statt. Vor Ort präsentieren die jeweiligen Städte aktuelle Aufgaben und Projekte, an denen sich beispielhaft die Herausforderungen in der Stadterneuerung diskutieren lassen. Fester Bestandteil des Veranstaltungsprogramms sind zudem geführte Stadtrundgänge und Exkursionen. Rund 75 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet nutzten in diesem Jahr die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch in den Räumen der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) des Saarlandes.

Nach einer Einführung zur Geschichte und geografischen Lage der Stadt Saarbrücken sowie zur transnationalen Zusammenarbeit mit dem benachbarten Frankreich und Luxemburg bildeten die aktuellen Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungsprojekte der Landeshauptstadt zentrale Bausteine des ersten Veranstaltungstages. Am Beispiel der Sanierungsgebiete St. Johanner Markt und Nauwieser Viertel sowie der Programmgebiete Brebach und Burbach aus der Sozialen Stadt bzw. Stadtumbau West sowie weiterer Standorte wurden Ideen, Strategien und Erfolge, aber auch Konfliktthemen, wie z.B. die Beeinträchtigung von Wohnnutzung durch zunehmende Außengastronomie in sanierten Innenstadtlagen, thematisiert.

Gegenstand der Diskussion waren auch die ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung sowie die Aktivierung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im Rahmen von Stadterneuerungsprozessen. So wurde der „Masterplan Soziales Saarbrücken“ mit der fachübergreifenden Erarbeitung von Konzepten für eine altengerechte Stadt wie auch das Bottom-Up-Prinzip der Bürgerbeteiligung im Stadtteil Malstatt mit den Elementen Bürgerbefragung, Stadtteilforen und Stadtteilkonferenzen vorgestellt.

Ausführlich wurde zudem das Großprojekt „Stadtmitte am Fluss“ erörtert. Durch die Verlagerung der Stadtautobahn in einen unterirdischen Tunnel entstehen neue Freilächen zur Nachverdichtung und Weiterentwicklung von Grünräumen. Da sich die Maßnahmen erheblich auf Funktion und Gestaltung des Stadtraums auswirken werden, fand eine umfassende Information und Beteiligung der Öffentlichkeit statt. So wurden die Bürger in einem mehrstufigen Verfahren in die Ideensammlung, Konzeptfindung und das Auswahlverfahren des Freilächenkonzepts eingebunden. Auf den Stadtrundgängen wurden darüber hinaus mögliche Wechselwirkungen und Synergieeffekte für die angrenzenden Stadträume diskutiert.

Auch die abschließende Podiumsdiskussion am zweiten Veranstaltungstag widmete sich dem Thema Bürgerbeteiligung. Unter dem Titel „Partizipation in der Stadterneuerung: Von der projektbezogenen Beteiligung zu einer kommunalen Beteiligungskultur“ diskutierten Dr. Jochen Lang vom BMVBS Berlin, Monika Kunz von der Landeshauptstadt Saarbrücken, Prof. Michael Rothschuh als Vertreter der Bürgerbewegung Hamburg Wilhelmsburg sowie Ragna Körby, Preisträgerin des Wettbewerbs „Tatort Stadt – Neue Wege für die Beteiligung der Öffentlichkeit“, über den zunehmenden Bedarf an umfassender Bürgerbeteiligung sowie Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen bei der Gestaltung von Prozessen.

Der kommende 43. Erfahrungsaustausch wird im Frühjahr 2013 in Görlitz stattfinden.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Daniela Michalski
Telefon: 030/39001-270
E-Mail: michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
Telefon: 030/39001-296
E-Mail: strauss@difu.de

Prof. Michael Rothschuh, Monika Kunz, Wolf-Christian Strauss, Dr. Jochen Lang, Ragna Körby (v.l.)

Fotos: Daniela Michalski





Neue Veröffentlichungen im Difu-Inter- und -Extranet

Online-Publikationen, Seminardokus, Vorträge

Zugang zum Extranet:

Auf dieser Seite befindet sich eine Auswahl neu erschienener Vorträge, Seminardokumentationen und Veröffentlichungen. Die vollständige Übersicht ist unter www.difu.de in den Rubriken „Publikationen“ sowie „Extranet“ zu finden.

Ausschließlich Rat und Verwaltung aus Difu-Zuwanderstädten bzw. -Verbänden haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet: www.difu.de/extranet/

Links, die ins Extranet führen, sind also ausschließlich für Difu-Zuwander frei zugänglich: <http://www.difu.de/institut/zuwander>

Weitere Informationen:

Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de

Veröffentlichungen

Difu-Berichte Heft 2/2012

<http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-aktuell>

Öffentliche Fahrradverleihsysteme

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=Q1VPO7BK>

Die Flächennutzungsplanung – Räumlicher Ordnungsrahmen der Stadtentwicklung

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=LKHTWJQ7>

Schlussbericht REFINA: Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=50EYAI67>

Kommunaler Klimaschutz 2011. Wettbewerb: Die Preisträger und ihre Projekte

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=3UK6O4EM>

Erfolgreich CO₂ sparen in Kommunen

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=RKUFPIZG>

Klimaschutz & Unternehmen

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=RD23KVF6>

Klimaschutz & Abfallwirtschaft

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=O1MTS59E>

Klimaschutz & Abwasserbehandlung

<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=WLEO4SIY>

Seminardokumentationen

Neue Mobilitätsangebote im öffentlichen Straßenraum: Bike-/Car-Sharing & Co

<http://www.difu.de/dokument/neue-mobilitaetsangebote-im-oeffentlichen-strassenraum.html>

Ist hier noch ein Platz frei? Der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013

<http://www.difu.de/dokument/ist-hier-noch-ein-platz-frei-dokumentation.html>

Wirkungsorientierte Steuerung in der Kommunalverwaltung – Indikatoren, Konzepte und Fallstudien

<http://www.difu.de/dokument/wirkungsorientierte-steuerung-in-der-kommunalverwaltung.html>

Kommunale Beteiligungskultur: Konsequenzen für die lernende Verwaltung

<http://www.difu.de/dokument/kommunale-beteiligungskultur-konsequenzen-fuer-die-lernende.html>

Hand in Hand? Chancen und Grenzen quartiersbezogener Bildungskonzepte

<http://www.difu.de/dokument/hand-in-hand-chancen-und-grenzen-quartiersbezogener.html>

Gestern Leistungsträger, morgen Hoffnungsträger?

<http://www.difu.de/dokument/gestern-leistungstraeger-morgen-hoffnungstraeger.html>

Management nachhaltiger Stadtentwicklung – Von der Vision zur Umsetzung

<http://www.difu.de/dokument/management-nachhaltiger-stadtentwicklung-dokumentation.html>

Vorträge

Was kommt auf uns zu? Verkehrspolitische Herausforderungen für die Arbeit des DST und seiner Gremien

Von Tilman Bracher
http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/extranet/veranstaltungen/vortraege/12_bracher_herausforderungen.pdf

Segregation und Polarisierung. Sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007 bis 2009

Von Antje Seidel-Schulze
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-03-22/segregation-und-polarisierung.html>

Aktuelle Möglichkeiten und Grenzen einer sozial-ökologischen Transformation der Wasserinfrastrukturen

Von Jens Libbe
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-03-14/aktuelle-moeglichkeiten-und-grenzen-einer.html>

Urbanisierung – Befunde, Handlungsbedarfe und Handlungsansätze

Von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann
<http://www.difu.de/extranet/vortraege/2012-03-08/urbanisierung-befunde-handlungsbedarfe-und.html>



Das Difu in Facebook

Neuigkeiten aus dem Difu gibt es auch auf Facebook. Die Difu-Facebook-Seite ist öffentlich zugänglich, also auch ohne eigenen Facebook-Account. Registrierte Facebook-Nutzer, die den „Gefällt mir“-Button auf der Difu-Facebook-Seite anklicken, erhalten zeitgleich mit der Veröffentlichung aktuelle Infos aus dem Difu auf ihre eigene Facebook-Start- bzw. Neuigkeiten-seite gepostet: <https://www.facebook.com/difu.de>

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-209
E-Mail: wenke-thiem@difu.de

Difu aktiv – Auswahl

Wulf-Holger Arndt hielt am 8.2. auf der VDV-Tagung „Trend-Scout-Days – Einblick(e) in die Zukunft des ÖPNV“ einen Vortrag zur „Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur und der Folgekosten“.

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann hielt am 6.2. im Rahmen der Internationalen Konferenz „Städtischer Wirtschaftsverkehr“, die vom Difu am 6. und 7.2. in Kooperation mit Laboratoire d’Economie des Transports (LET), POLIS durchgeführt wurde, einen Vortrag zu „Commercial/Goods Transport in Urban Areas – Megatrends and Action Strategies“ und am 7.2. in Luzern den Vortrag „Stadt und Verkehr im Zeichen der Elektromobilität“. Am 10.2. referierte er anlässlich einer Anhörung der Enquete-Kommission des Landtags Brandenburg in Potsdam zum Thema „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah, effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“. Am 26. und 27.2. beteiligte er sich in Bonn an einem Gespräch der DFG zu „Forschung und Planungswissenschaften“. Am 10.3. hielt er im Rahmen des von der Bayerischen Staatskanzlei in St. Quirin veranstalteten TOP Management Programms den Vortrag „Urbanisierung – Befunde, Handlungsbedarf und Handlungsansätze“, referierte am 13.3. in München zu „Boomtown München – München als Insel der Glückseligen?“ und nahm am 14.3. mit dem Vortrag „Wie lassen sich die wirtschaftlichen Interessen des Einzelhandels mit den Grundsätzen einer klimagerechten Stadtentwicklung vereinen?“ an einer Roundtable-Diskussion im Rahmen des 8. Deutschen Handelsimmobilienkongresses teil. Am 19. und 20.3. war er Teilnehmer der Vorkonferenz „Städtische Energien“, die vom BMVBS in Bonn durchgeführt wurde. Ferner war er mit **Anne Klein-Hitpaß** am 29. und 30.3. auf den von der TU Dresden veranstalteten „Verkehrswissenschaftlichen Tagen“ in Dresden vertreten, wo beide zum Thema „Individuelle Elektromobilität – Chancen oder Risiken für den öffentlichen Personennahverkehr“ vortrugen.

Tilman Bracher referierte am 9.5. auf der Kick-Off-Veranstaltung des Modellvorhabens „Lokale Zeitpolitik für Familien“ im BMFSFJ zum Thema „Zeit für Familien, Mobilität sichern“. Vor der Fachkommission Verkehrsplanung des DST hielt er am 26. und 27.4. in Frankfurt einen Vortrag über „Verkehrspolitische Herausforderungen für die Arbeit des DST und seiner Gremien“. Darüber hinaus referierte er am 15.3. in Wien vor der AG Stadtverkehr der World Conference of

Transport Society über „Integrating cycling in urban transport – the potential of non-infrastructural policy“ und am 19.4. auf der Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM über „Potsdams verkehrsplanerische Strategie“.

Dr. Holger Floeting hielt am 16.4. auf dem Deutschen Präventionstag „Sicher leben in Stadt und Land“, veranstaltet vom Deutschen Präventionstag, Freistaat Bayern und Landeshauptstadt München“, den Vortrag „Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen“. Am 19.4. moderierte er auf dem Innovationsforum „Zivile Sicherheit“ des BMBF in Berlin die Session „Urbane Sicherheit“. Auf der REAL CORP 2012, der 17. internationalen Konferenz zu Stadtplanung, die vom Central European Institute of Technology in Schwechat (A) durchgeführt wurde, referierte er zu „Urbane Sicherheit – eine Gemeinschaftsaufgabe vieler Akteure“.

Anne Klein-Hitpaß und **Dr. Marion Eberlein** referierten am 27.4. in der AG Kommunalpolitik der FDP-Bundestagsfraktion in Berlin zu Investitionen, Investitionsrückstand und Investitionsbedarf in den altengerechten Umbau der kommunalen Infrastruktur.

Jens Libbe hielt im Rahmen eines Workshops zum Thema „Wasserinfrastrukturen der Zukunft“, der vom Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), Potsdam, in Kooperation mit dem Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung am 14. und 15.3. in Berlin durchgeführt wurde, einen Impulsvortrag zu „Aktuellen Möglichkeiten und Grenzen der sozial-ökologischen Transformation der Wasserinfrastrukturen“ und moderierte eine AG.

Bettina Reimann hielt am 23.2. auf der von Gesundheit Berlin-Brandenburg/Regionaler Knoten Brandenburg in Kooperation mit dem Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V. veranstalteten Tagung „Es braucht ein ganzes Dorf. Kommunale Ansätze zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen [...]“ den Vortrag „Kinder und Jugendliche stärken, Familien unterstützen – ein Plädoyer für eine sektorenübergreifende und ressourcenbündelnde Zusammenarbeit in den Kommunen“.

Jörg Thiemann-Linden referierte am 25.2. in Essen auf dem NRW-Fahrradkongress „Megatrend Nahmobilität“ über fußgängerfreundliche Infrastruktur und am 6.3. vor dem IHK-Handelsausschuss über aktuelle Projekte zu Fahrradparken und Einzelhändler-Aktionen.



Foto: Doris Reichel

Was ist eigentlich ein Bürgerhaushalt?

Zuerst 1989 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre realisiert, hat sich das Konzept des Bürgerhaushalts auch in Deutschland zu einem erfolgreichen kommunalen Partizipationsinstrument entwickelt. Über 90 Kommunen – darunter auch Großstädte – machen heute von dieser Möglichkeit direkter Bürgerbeteiligung Gebrauch.

Der Bürgerhaushalt ist ein Verfahren, welches die Bürger direkt an der Aufstellung des kommunalen Haushalts beteiligen soll. Die Verwaltung einer Kommune ermöglicht dabei mehr Transparenz und lässt ihre Bürger zumindest teilweise über die Verwendung frei verfügbarer Haushaltsmittel entscheiden. Die Bezeichnung Bürgerhaushalt ist jedoch mittlerweile zu einem Sammelbecken für diverse unterschiedlichste Verfahren geworden, so dass die tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten der Bürger von Kommune zu Kommune deutlich abweichen können.

Dennoch lassen sich einige Merkmale formulieren, die einen Bürgerhaushalt auszeichnen. Zum einen stehen im Zentrum des Partizipationsverfahrens vorrangig finanzielle

Angelegenheiten. Zum anderen muss die Beteiligung der Bürger auf der Ebene einer Gesamtstadt oder auf der eines Bezirks mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen stattfinden. Ein Stadtteilstiftungs allein stellt somit noch keinen Bürgerhaushalt dar. Zudem soll der Beteiligungsprozess auf einer eigenständigen Diskussionslinie basieren, die z.B. mit Hilfe des Internet oder im Rahmen von Versammlungen geführt werden kann. Dabei müssen die jeweiligen Organisatoren transparent machen, inwiefern geäußerte Vorschläge der Bürger letztendlich aufgegriffen und umgesetzt werden sollen.

Bislang handelt es sich bei Bürgerhaushalten um freiwillig angebotene Beteiligungsmöglichkeiten seitens der Kommunen, für die keine gesetzlichen Vorgaben existieren. Dennoch kann im Hinblick auf entsprechende empirische Studien festgestellt werden, dass der Bürgerhaushalt trotz einer rechtlich schwachen Stellung Bürgern und den von ihnen geäußerten Präferenzen einen Einfluss auf die Gestaltung der Aufgabenseite einer Kommune zukommen lassen kann.

Difu-intern: Neubeginn

Seit Dezember 2011 verstärkt **Dipl.-Ing. Ilka Appel** den Arbeitsbereich Umwelt als Elternzeitvertretung von Vera Völker. Nach dem Studium der Landschafts- und Freiraumplanung an der Leibniz Universität Hannover besuchte sie eine Fortbildung zu Geographischen Informationssystemen (GIS). Anschließend forschte sie an der Universität Kassel zum Thema aktueller Garteninitiativen in deutschen Großstädten und beteiligte

sich maßgeblich an einer entsprechenden Buchveröffentlichung. Zu ihren Aufgaben im Difu gehören die Mitarbeit in der „Service-stelle: Kommunaler Klimaschutz“ und im Forschungsprojekt „Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel“.

Seit März 2012 verstärkt **Elke Becker** das Team des Arbeitsbereichs Fortbildung. Nach ihrem Studium der Raumplanung in Dortmund und Rom sammelte sie ab dem Jahr 2000 praktische berufliche Erfahrungen in Stadtplanungsbüros in Dortmund/Düsseldorf, Potsdam und Berlin. Von 2006 bis 2012 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Planungstheorie der TU Berlin, wo sie auch ihre Promotion abschloss. Inhaltlich wird sie Themen rund um das Gebiet der Stadtentwicklung unterstützen. Dabei liegen ihre Schwerpunkte bei der Rolle der Zivilgesellschaft, Bürgerbeteiligung und Kommunikation, integrierter Stadtentwicklung, Stadtentwicklungspolitik und Förderstrategien sowie Governance auf lokaler und regionaler Ebene.



Dr.-Ing. Elke Becker
Foto: David Ausserhofer



Ilka Appel
Foto: Franz Fender

Mediennachlese – Auswahl

Berlin hat so viele Einwohner wie seit dem Krieg nicht mehr – das hört sich erst einmal positiv an. Doch ein Blick in die Statistik zeigt, dass die Stadt nur teilweise von den Zuzügen profitiert. Es fehlen die begehrten Fachkräfte. [Der] Arbeitsmarkt brummt. Immer mehr reguläre, sozialversicherungspflichtige Jobs entstehen. [...] Die Frischzellenkur durch die jungen Neuberliner hat die Stadt bitter nötig, denn sie bremst die Alterung der Bevölkerung ein wenig ab. [...] Dass Berlin mit seiner Wirtschaftskraft trotzdem noch nicht zu Regionen wie München aufgeschlossen hat, zeigt das „Wanderungssaldo“ bei den 45- bis 55-jährigen. Wer in Berlin gut ausgebildet und beruflich etabliert ist, erhört den Ruf, der seine Karriere befördert – und zieht weg. In dieser Generation der Leistungsträger ist das Wanderungssaldo negativ, die Stadt bietet hier zu wenig. [...] „Gut fürs Image“, nennt der Chef des Deutschen Instituts für Urbanistik, Klaus Beckmann, das Wachstum der Bevölkerung – ein typisches Merkmal wirtschaftlich prosperierender Regionen. Das spreche sich herum und stärke den Ruf Berlins als vitale Metropole: „kulturell vielfältig, mit sozialen Spannungen, aber eben auch jung und dynamisch – das zieht auch bei Städtetouristen“. Dass der Boom getragen ist von Studenten und Auszubildenden, die der Stadt den Rücken kehren, wenn sie ihren Abschluss in der Tasche haben, sieht Beckmann nicht nur als Nachteil: Berlin sei eben auch eine der bedeutenden „Ausbildungsstätten für die ganze Republik“. **Tagesspiegel, 31.5.2012**

Die Idee von einem familienfreundlichen und selbstverwalteten Zuhause für mehrere Generationen muss kein Traum bleiben. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hatte, angeregt von einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik, nach einem europaweiten Auswahlverfahren im Jahr 2008 die Netzwerkagentur einrichten lassen. Vier Mitarbeiter beraten seitdem Einzelinteressenten und sind auch bei Projekten und Baugruppen behilflich, erläutert Constanze Cremer von der Netzwerkagentur. [...] Von den 144 Baugruppen und Wohnprojekten, die die Agentur seit 2008 beraten hat, sind 113 Eigentums-, 20 Mietprojekte und 11 genossenschaftliche Wohnprojekte. [...] **Berliner Morgenpost, 12.5.2012**

[...] Unüberlegte enge Bebauung könnte sich noch auf andere Art heimgzahlen: „Das Bewusstsein, dass unsere Städte nicht nur CO₂ einsparen müssen, sondern sich auch auf

Folgen des Klimawandels einstellen, hat sich erst in den letzten Jahren verbreitet“, sagt Professor Klaus J. Beckmann, wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik. [...] „Eine Grünfläche kann in warmen Sommernächten für vier bis fünf Grad Celsius Abkühlung sorgen; selbst ein einzelner Baum bringt für die direkte Umgebung schon etwas. Über Grünflächen kommt die Luft zudem in Bewegung, was weitere positive Effekte hat.“ [...] **Öko-Test, 5/2012**

[...] Anders als häufig angenommen, handelt es sich bei der Krise der armen Stadtteile nicht um ein „typisches Migrantenproblem“ – ein großer Teil der Betroffenen ist deutscher Herkunft. Der Stadtsoziologe Thomas Franke vom Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin fasst zentrale Probleme zusammen: „Das ist einmal der Bereich Städtebau und Umwelt – da haben wir es zum Teil zu tun mit Modernisierungs- und Instandsetzungsaufgaben, der Frage der Bausubstanz. Wir haben oft sogenannte Wohnumfeldmängel – dass der öffentliche Raum nicht gerade zum Verweilen einlädt, weil wir wenig Grünflächen haben, wir haben Probleme im Bereich der infrastrukturellen Ausstattung, beispielsweise ungenügende Freizeitmöglichkeiten. Wir haben es oftmals zu tun mit Langzeitarbeitslosigkeit, damit zusammenhängend der Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen wie Hartz IV – letztlich Einkommensarmut, die weit verbreitet ist. Außerdem Spannungen zwischen alteingesessener deutscher Bevölkerung und Migranten, Spannungen zwischen verschiedenen Migrantengruppen. Probleme wie Drogen- und Alkoholmissbrauch, Vandalismus, Drogenbeschaffungskriminalität. Wir haben ein fehlendes Zusammengehörigkeitsgefühl.“ [...] **dradio, 28.4.2012**

[...] „Urbane Sicherheit“ ist ein neuer Schwerpunkt im Forschungsprogramm „Zivile Sicherheit“ des Bundesforschungsministeriums (BMBF). [...] „Der öffentliche Konsum von Alkohol ist ein sehr häufig genannter Grund, wenn öffentliche Orte ihren Charakter ändern und als weniger sicher empfunden werden“, sagt Floeting, der eine Umfrage bei allen deutschen Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern gemacht hat. [...] Ein [...] Rezept gegen [diese Probleme] nennen [die Sicherheitsforscher] „bürger-schaftliches Engagement“ oder schlicht „Nachbarschaftshilfe“. Sie lässt sich nicht planen oder anordnen, aber womöglich in



Berichte

Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Standpunkte des Deutschen Instituts für Urbanistik

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 15, 10969 Berlin

Redaktion

Janet Bösel (Praktikantin)
Lisa Rost (stud. Hilfskraft)
Cornelia Schmidt (Red.-Assist.)
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Elke Postler, Eva Hernández (Titel)

Buchbestellung (bitte schriftlich):

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefon: 030/39001-253

Redaktionskontakt und Berichterverteiler

Difu-Pressestelle
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: presse@difu.de

Difu online:

<http://www.difu.de>
<https://www.facebook.com/difu.de>
<http://www.kommunalweb.de>

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 38/vierteljährlich

ISSN

ISSN 1439-6343

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des wenigen verfügbaren Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden.

Druck

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin. Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Abdruck

Frei, bei Nennung der Quelle. Belegexemplar/-Link an die Difu-Pressestelle erbeten: presse@difu.de. Anschrift s.o.

normalen Zeiten fördern. Urbanistik-Forscher Floeting verweist auf einen Internet-service im Land Brandenburg. Dort können Bürger im Internet alles melden, was ihnen auffällt – von der kaputten Straßenlaterne über umgestürzte Bäume bis zum Dauer-Falschparker. Mitarbeiter des Services kümmern sich darum, dass der Hinweis die zuständige Behörde erreicht und schreiben eine Antwort auf die Internetseite. „Das verbessert das Sicherheitsempfinden der Bürger und zeigt ihnen im Kleinen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren“, sagt Floeting. **Süddeutsche Zeitung, 25.4.2012**

[...] Schon seit Jahren ist zu beobachten, dass das Wohnen in der Stadt wieder attraktiver wird. [...] Bürger mit solidem Einkommen, Singles, aber auch junge Familien zieht es nicht mehr so stark in das Einfamilienhaus aufs Land, weil sich die Lebensbedingungen in vielen Städten deutlich gebessert haben. Nur selten gibt es in der Nähe zu Wohnvierteln noch Industrieunternehmen [...]. [...] Parallel dazu nimmt mindestens hier und da die Belastung durch den Autoverkehr ab. Außerdem bemühen sich die Stadtplaner, den Bürgern attraktive Angebote für das Wohnen in der Stadt zu machen. Dies reicht von bezahlbarem Bauland über vielfältiges Kulturleben bis zu Kinderbetreuung. Diese Motive würden künftig durch ein weiteres verstärkt, sagt Stadtforscher Beckmann: „Das Bewusstsein nimmt zu, dass Verkehr nicht umsonst ist. Viele Menschen werden die vermeintliche Notwendigkeit zur Mobilität zunehmend kritisch reflektieren.“ Ein Beispiel: Berufspendler, die auf dem Land wohnen und in der Stadt arbeiten, geben oft mehrere hundert Euro monatlich für Benzin aus. Dieses Geld kann man auch in eine teurere Eigentumswohnung im Zentrum investieren. Unter dem Strich steigen die Lebenshaltungskosten möglicherweise nicht, aber man gewinnt Zeit, die man sonst mit Autofahren zugebracht hätte. [...] **Badische Zeitung, 13.4.2012**

[...] Deutschlandweit summiert sich der Investitionsstau in den Städten, Gemeinden und Landkreisen inzwischen auf knapp 100 Mrd. Euro. [...] Das Deutsche Institut für Urbanistik fragte [...] die Verantwortlichen in Kommunen und Landkreisen, welche notwendigen Investitionen sie nicht finanzieren konnten. [...] Den größten Investitionsbedarf beklagen die Verantwortlichen bei der Kinderbetreuung und den Schulen; in diesem Bereich fehlen deutschlandweit auf kommunaler Ebene 27 Mrd. Euro. Weitere 25 Mrd. Euro wären in den vergangenen Jahren für Investitionen in die kommunale Straßen- und Verkehrsinfrastruktur nötig gewesen. [...]

Auch in die energetische Sanierung wollen rund 80 Prozent der Kämmerer in den kommenden fünf Jahren Geld stecken.[...] Am höchsten verschuldet, gemessen an der lokalen Wirtschaftsleistung, sind die Kommunen in Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Hessen. [...] Die Folgen der chronischen Unterfinanzierung sind gravierend: „Die kommunale Daseinsvorsorge ist aufgrund der strukturellen Finanzierungsprobleme gefährdet“, schreiben die Autoren der Studie. [...] **WELT ONLINE, 05.4.2012**

[...] „Wir erleben eine Renaissance der Städte“, sagt Klaus J. Beckmann, Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Immer mehr Menschen legten auf die typischen Vorzüge einer Stadt wert: bessere Nahversorgung, mehr Mobilität, Freizeit- und Kulturangebote. [...] Wachsen, so Beckmann, werden insbesondere Städte in wirtschaftlich starken Regionen, etwa Düsseldorf. [...] Vor allem die Energiewende, die Anpassung an die Klimaerwärmung und der demografische Wandel werden das Gesicht der Städte schon 2025 verändert haben. [...] Brachflächen werden auch zur Stromerzeugung per Windkraft- oder Solaranlagen genutzt, einige Wohngebiete werden sogar komplett mit Strom aus eigenen Kleinkraftwerken vor Ort versorgt. Neubaugebiete bestehen in der Regel aus Niedrig-Energie-Häusern. Wer mit der Solaranlage auf dem Dach einen Stromüberschuss erzeugt, betankt damit sein Elektroauto in der Garage. [...] **Westdeutsche Zeitung, 15.3.2012**

[...] Auf mittlerweile 2,4 Milliarden Euro beziffert der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen den bundesweiten Sanierungsstau. Und Jahr für Jahr wächst er um 330 Millionen Euro. [...] „Der Handlungsdruck ist da“, warnt Verkehrsexperte Jürgen Gies vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). „Die Verkehrsbetriebe haben keine Planungssicherheit für kommende Investitionen.“ Aus seiner Sicht sind eher mehr Mittel als weniger nötig – dann allerdings auch für Sanierung und nicht nur für funkelnde Neubaulprojekte. Sonst drohen weiterer Verfall, am Ende womöglich dauerhafte Streckensperren – oder Preiserhöhungen für Millionen Pendler. [...] Ein erster Schritt zur Einigung wäre es, wenn Schäubles Länderkollegen sich zu einer Zweckbindung der Mittel für den Pendlerverkehr durchringen könnten. Denn die soll Ende 2013 ebenfalls fallen. Mit einer Selbstverpflichtung „könnten die Länder glaubhafter argumentieren“, sagt Difu-Experte Gies. [...] **Wirtschaftswoche, 12.3.2012**

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse: Telefon/Telefax: E-Mail: Datum/Unterschrift: **Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:**Vorname und Name: Institution/Dienststelle: Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Difu-Impulse

NEU **__Expl. Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007–2009**

Von J. Dohnke, A. Seidel-Schulze und H. Häußermann
Bd. 4/2012. 140 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-507-3

NEU **__Expl. Bürgerbeteiligung in Kommunen**

Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung
Klaus J. Beckmann (Hrsg.)
Bd. 3/2012. 72 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-506-6

NEU **__Expl. Aktionsbündnisse rund um das kommunale Energiemanagement**

Doku des 16. Energiebeauftragten-Kongresses
Cornelia Rösler (Hrsg.)
Bd. 2/2012. 216 S., Schutzgebühr 23,- Euro
ISBN 978-3-88118-505-9

__Expl. Mobilitätsverhalten in Deutschland

Aufbereitung u. Auswertung von Mobilitätskennwerten
Von Wulf-Holger Arndt und Frank Zimmermann
Bd. 1/2012. 116 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-503-5

__Expl. Flächen ins Netz (FLITZ)

Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government
Von Busso Grabow u.a.
Bd. 8/2011. 108 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-502-8

__Expl. „Wer zahlt die Zeche?“

Das Konnexitätsprinzip – richtig angewandt
Tagungsdokumentation
Arno Bunzel und Stefanie Hanke (Hrsg.)
Bd. 7/2011. 92 S., Schutzgebühr 15,- Euro
ISBN 978-3-88118-501-1

__Expl. Friedhofsentwicklung in Kommunen

Stand und Perspektiven
Von Angela Uttke und Luise Preisler-Holl
Bd. 6/2011. 142 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-500-4

__Expl. Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was

Fachtagungsdokumentation
Jürgen Gies (Hrsg.)
Bd. 5/2011. 182 S., Schutzgebühr 20,- Euro
ISBN 978-3-88118-499-1

__Expl. Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel

Das Beispiel der Neuen Bundesländer
Von Stefan Schneider u.a.
Bd. 4/2011. 116 S., Schutzgebühr 18,- Euro
ISBN 978-3-88118-495-3

Difu-Papers (für Difu-Zuwender auch als PDF)**NEU** **__Expl. Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge statt Einzelfallbelastung für Anlieger**

Von Irene Schlünder
2012. Ca. 16 S., Schutzgebühr 5,- Euro, in Vorbereitung

NEU **__Expl. Sicherheit in der Stadt – eine Gemeinschaftsaufgabe**

Ergebnisse aus zwei Kommunalbefragungen
Von Holger Floeting und Antje Seidel-Schulze
2012. 28 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__Expl. Einzelhandel in den Kommunen und Nahversorgung in Mittel- sowie Großstädten

Von Gerd Kühn
2011. 20 S., Schutzgebühr 5,- Euro

__Expl. Rekommunalisierung – Eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe, Stefanie Hanke und Maic Verbücheln
2011. 24 S., Schutzgebühr 5,- Euro

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

NEU **__Expl. Erfolg im zweiten Anlauf!? Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in der kommunalen Praxis**

Doku der Fachtagung am 24./25.11.2011 in Berlin
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2012. Bd. 83, 198 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-90-8

__Expl. Jugendhilfe an der Nahtstelle zum SGB II – viel Verantwortung, wenig Einfluss?

Kommunale Strategien nach der Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente und zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2012. Bd. 82, 180 S., 19,- Euro
ISBN 978-3-931418-89-2

Zeitschriften

NEU **__Expl. Informationen zur modernen Stadtgeschichte**

IMS, Halbjahresschrift, Heft 1/2012:
Industriestädte – neue Perspektiven
Ca. 180 S., Einzelheft 12,- Euro, Jahresabo (zwei Hefte) 19,- Euro, in Vorbereitung

Versandkostenpauschale: Versandkostenpauschale innerhalb Deutschlands: bei einem Bestellwert bis zu 29,- Euro: 2,50 Euro (Difu-Zuwender sowie der Buchhandel sind davon ausgenommen). Über 29,- Euro Bestellwert: kostenfrei.

Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Telefon/Telefax:

E-Mail:

Datum/Unterschrift:

Lieferadresse, nur ausfüllen falls abweichend von der Rechnungsadresse:

Vorname und Name:

Institution/Dienststelle:

Adresse:

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Newsletter auf (erscheint kostenfrei alle ein bis zwei Monate und enthält Links zu neuen Inhalten im Difu-Webangebot).

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis**__ Expl. Infrastruktur und Stadtentwicklung**

Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung
Von Jens Libbe, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann
Hrsg. Difu und Wüstenrot Stiftung
2010. Bd. 10. 496 S., zahlreiche, auch farbige Abbildungen, Tabellen, Übersichten, 26,- Euro
ISBN 978-3-88118-483-0

__ Expl. Mehr Gesundheit im Quartier

Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung
Von Bettina Reimann, Christa Böhme und Gesine Bär
2010. Bd. 9. 196 S., 29,- Euro
ISBN 978-3-88118-472-4

__ Expl. Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Von Gregor Jekel, Franciska Frölich v. Bodelschwingh u.a.
2010. Bd. 8., 352 S., zahlreiche Fotos, 39,- Euro
ISBN 978-3-88118-475-5

Difu-Arbeitshilfen**__ Expl. Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007**

Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung
Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz, Monika Geiß
2011., 2., aktualisierte Auflage, 224 S., 35,- Euro
ISBN 978-3-88118-498-4

__ Expl. Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

Arno Bunzel (Hrsg.), Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz
2010. 188 S., 30,- Euro
ISBN 978-3-88118-486-1

__ Expl. Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil

Von Bettina Reimann, Christa Böhme, Gesine Bär
2009. 232 S., durchgängig vierfarbig
ISBN 978-3-88118-471-7

__ Expl. Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

Von Arno Bunzel, Heinz Janning, Stefan Kruse und Gerd Kühn
2009. 260 S., teilweise vierfarbig, 33,- Euro
ISBN 978-3-88118-462-5

Sonderveröffentlichungen (auch als PDF)

NEU

Erfolgreich CO₂ sparen in Kommunen

Praxisbeispiele
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 84 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen
Nur noch als kostenloser Volltextdownload verfügbar:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=RKUFPIZG>

__ Expl. Kommunaler Klimaschutz 2011

Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 120 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz & Unternehmen

Praktische Ansätze der Kommunen zur Förderung nachhaltigen Wirtschaftens
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 88 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz & Abfallwirtschaft

Aktivitäten und Potenziale der kommunalen Abfallwirtschaft im Klimaschutz
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 72 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz & Abwasserbehandlung

Praxisbeispiele zum Klimaschutz in der kommunalen Abwasserbehandlung
„Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“ beim Deutschen Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2012. 80 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos

__ Expl. Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2011. Loseblattsammlung im Ordner, 512 S., farbig
Schutzgebühr 14,40 Euro (innerhalb Deutschlands versandkostenfrei)
ISBN 978-3-88118-496-0

__ Expl. Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis

Ergebnisse aus der REFINA-Forschung
2011. 492 S., vierfarbig, zahlreiche Fotos und Abbildungen, kostenlos, ISBN 978-3-88118-489-2
(kostenfreier Download:
<http://edoc.difu.de/edoc.php?id=K8934QW7>)